

# GESCHÄFTSBERICHT 2006



# Impressum

## **Eigentümer, Herausgeber und Verleger**

VBV-Pensionskasse AG  
Obere Donaustraße 49-53, 1020 Wien  
Tel.: 01/240 10, Fax: 01/240 10 - 260  
E-Mail: [vorstand@vbv.at](mailto:vorstand@vbv.at)  
Homepage: [www.vbv.at](http://www.vbv.at)

Firmenbuchnummer:  
FN 68567 i, Handelsgericht Wien,  
DVR 0641685

## **Inhalt**

Dr. Johannes M. Martinek  
Karl Timmel

## **Redaktion**

Mag. Michaela Attermeyer  
Georg Cadek  
Martin Cerny  
Renate Hahn  
Rainer Köpplinger  
Veronika Michlits  
Mag. (FH) Petra Pichler  
Mag. Wolfgang Pinner  
Mag. Martin A. Vörös  
Silvia Wieden

## **Gestaltung, Satz PPM**

[creativwerk.com](http://creativwerk.com)  
Arsenal 3, 1030 Wien  
Tel.: 01/486 68 68  
E-Mail: [agentur@creativwerk.com](mailto:agentur@creativwerk.com)  
Homepage: [www.creativwerk.com](http://www.creativwerk.com)

## **Druck**

AV+ Astoria Druckzentrum GmbH  
1030, Faradaygasse 6

Bei personenbezogenen Bezeichnungen wurde aus Gründen der besseren Lesbarkeit die männliche Bezeichnung gewählt. Selbstverständlich beziehen sich diese immer auf das männliche und weibliche Geschlecht.

# Inhaltsverzeichnis

Impressum	2
Brief des Vorstandes	4
Vorwort des Aufsichtsrates	6
EXKURS: BAV: Kontinuität und Kreativität gefordert!	8
VBV-Pensionskasse AG	10
Unternehmensstruktur / Konzern	10
Unternehmensprofil	10
Lagebericht	14
Pensionskassen und deren Entwicklung	14
Makroökonomische Grundlagen	16
Veranlagung	17
Nachhaltigkeitsaspekte der Veranlagung	19
Risikomanagement, Ziele und Methoden	21
Mitarbeiter	25
Umwelt	26
Geschäftsentwicklung und Lage der Gesellschaft	27
Markt 2006	27
Unsere Gesellschaft 2006	28
Eckdaten der Gesellschaft	32
Geschäftspolitische Schwerpunkte	34
Neustrukturierung und Optimierung der Passivseite der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften (VRGen) der VBV-Pensionskasse AG	35
Service	39
Geschäftsergebnis	41
Vorschlag für die Gewinnverwendung	42
Allgemeine Angaben	42
Strategische Ziele - Ausblick 2007	43
Danksagung	45
Bilanz	46
Gewinn- und Verlustrechnung	48
Anhang	50
Anlagespiegel	62
Prüfungsfeststellung	64
Bericht des Aufsichtsrates	65
Kontakt	66
www.vbv.at	67

# Brief des Vorstandes

## Sehr geehrte Leserin! Sehr geehrter Leser!

Das vergangene Jahr 2006 war ein sehr bewegtes und aufregendes Jahr. Die Möglichkeit des Opting Out und die hohe Akzeptanz bei unseren Kunden hat es notwendig gemacht, die Struktur der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften (kurz: VRGen) zu überdenken und eine komplett neue, effektivere Struktur festzulegen.

Neben der effizienten Verwaltung ist die Kernkompetenz einer Pensionskasse die ertragreiche und stabile Veranlagung. Speziell der Bereich der Veranlagung ist schnellen Trends unterworfen, die Finanzmärkte reagieren schnell auf Umweltkatastrophen, politische Ereignisse, mögliche Übernahmen, etc. Um den Ansprüchen noch besser gerecht zu werden haben wir im vergangenen Berichtszeitraum eine Veränderung in unserer Veranlagungsstruktur vorgenommen. Das neue Veranlagungskonzept entspricht den anerkannten Kriterien einer ertragreichen, aber sicheren Veranlagung und berücksichtigt die seit 1.1. 2007 geltende neue VRG-Struktur.

Beide – sehr anspruchsvolle – Projekte konnten im Jahr 2006 erfolgreich abgeschlossen werden.

Ein weiterer Meilenstein in der betrieblichen Altersvorsorge wurde mit der Gründung der VBV-Betriebliche Altersvorsorge AG gesetzt. Altersvorsorge, speziell die kapitalgedeckte über den Betrieb finanzierte Lösung, wird von entscheidender Bedeutung sein, um den gewohnten Lebensstil auch im Alter beibehalten zu können.

Wir sind davon überzeugt, dass eine Kombination der verschiedenen Durchführungswege zum Ziel der abgesicherten Altersvorsorge führen wird. Im Sinne dieser Zielsetzung wird die VBV-Betriebliche Altersvorsorge AG als Holding über den Gesellschaften VBV-Pensionskasse AG, VBV-Mitarbeiter-Vorsorgekasse AG, CAMPUS Beratungsgesellschaft für betriebliche Vorsorge mbH, BVP-Pensionsvorsorge-Consult GmbH und VINIS Gesellschaft für nachhaltigen Vermögensaufbau und Innovation mbH stehen und die strategische Koordination vornehmen.

Wir konnten im vergangenen Jahr 120 Neukunden in unserem Unternehmen begrüßen. Das Vertrauen, das uns eine Vielzahl von Unternehmen entgegenbringen, bestätigt unseren Weg, effektive und kostengünstige Zusatzpensionen zum fixen Bestandteil jedes Arbeitsplatzes in Österreich zu machen.

All das konnten wir nur schaffen, weil wir auf ein gutes Team bauen können. Unsere Mitarbeiter hatten und haben die Motivation die VBV-Pensionskasse AG in eine sichere Zukunft zu führen.

Mit dieser starken Basis blicken wir zuversichtlich in ein neues Jahr, ganz nach unserem Leitmotiv: Vorsorgen fürs Leben!



A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'J. Martinek'.

Dr. Johannes M. Martinek

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'K. Timmel'.

Karl Timmel





# Vorwort des Aufsichtsrates

Der vergangene Berichtszeitraum war wieder ein arbeitsintensives Jahr für die VBV-Pensionskasse AG. Die Projekte konnten plangemäß und professionell abgeschlossen werden, beispielsweise die Umstrukturierung der VRG oder der Veranlagung. Speziell das Thema Veranlagung steht immer wieder im Mittelpunkt der Diskussion.

Bei einer Pensionskasse handelt es sich um eine Form der Veranlagung, die sich über einen sehr langen Zeitraum erstreckt, 20 oder 30, im besten Falle sogar 40 Jahre sind keine Seltenheit. Ein halbes Menschenleben lang wird das Geld der Anwartschaftsberechtigten verwaltet und veranlagt. Die große Herausforderung ist es eine langfristige Optimierung der Veranlagung vorzunehmen, die auch die Etappenziele nicht aus den Augen lässt.

Die VBV stellt sich der Aufgabe Verwaltung von Sozialkapital seit mehr als 16 Jahren mit ausgezeichnetem Erfolg. Als größte heimische Pensionskasse wird ihr auch immer große Aufmerksamkeit zuteil. Der erhebliche Zuwachs an Anwartschaftsberechtigten im Jahr 2006 ist auch ein Vertrauensbeweis. Die VBV-Pensionskasse AG ist ein äußerst solides und dynamisches Unternehmen. Auch im Berichtszeitraum hatte sie die Themenführerschaft in der betrieblichen Altersvorsorge zu Recht inne.



A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'R. Ortner'.

Mag. Reinhard Ortner  
Vorsitzender des Aufsichtsrates



# EXKURS BAV: Kontinuität und Kreativität gefordert!

UNIV.-PROF. DR. WOLFGANG MAZAL,  
INSTITUT FÜR ARBEITS- UND SOZIALRECHT, UNIVERSITÄT WIEN

Während in Zeiten der Reformen der gesetzlichen Pensionsversicherung auch die betriebliche - und die sonstige private - Altersvorsorge in aller Munde waren, ist die öffentliche Präsenz des Themas „betriebliche Altersvorsorge“ derzeit gering. Dies ist durchaus gefährlich, wenn man die Notwendigkeit langfristigen Denkens in kapitalgedeckten Systemen bedenkt: Damit möchte ich nicht nur die zur Nutzung des Zinseszineffekts erforderliche Langfristigkeit ansprechen, sondern vor allem die Langfristigkeit, die zur Verankerung des Themas im Bewusstsein der Bevölkerung notwendig ist: Weil die Sicherung ausreichenden Einkommens im Alter einen lebenslangen – bezieht man die Absicherung von Hinterbliebenen ein: einen sogar überlebenslangen - Planungshorizont hat, ist es wichtig, das Bewusstsein um diese Absicherungsmechanismen und ihre Funktion in der Gesellschaft kontinuierlich aufrecht zu erhalten.

Diese Streben nach Kontinuität prägt auch die Regeln über die Beitragsleistungen im Betriebspensionsgesetz, die einen kontinuierlichen Beitragsfluss bezwecken. Sie werden in der Behördenpraxis allerdings meist so eng ausgelegt, dass wesentliche Beiträge ständig fließen müssen. Ich bin hingegen der Auffassung, dass bereits das geltende Gesetz so verstanden werden kann, dass die Kontinuität sich nicht auf den Beitragsfluss, sondern auf die Kontinuität der Regeln bezieht, nach der die Beitragsbildung erfolgt. Dies wirkt sich im Endeffekt entscheidend dort aus, wo sich Unternehmen nicht in der Lage sehen, Beiträge kontinuierlich zuzusagen, sondern dies von bestimmten wirtschaftlichen Situationen abhängig machen möchten: Kann man es einem Unternehmer verübeln, wenn er seinen Mitarbeitern Beiträge zur Altersvorsorge nur dann zukommen lassen möchte, wenn es die Ertragslage erlaubt?

Wenn die zur Beitragsbildung aufgestellten Regeln fixiert und nicht einseitig veränderbar sind, ist nicht ersichtlich, warum gewinnabhängige Beiträge unzulässig sein sollten. Und selbst wenn man der Auffassung sein sollte, dass dies de lege lata nicht möglich sei, sollte es unschwer möglich sein, eine entsprechende Klarstellung im Gesetz zu verankern, zumal der Bundeskanzler derartige Gedanken in der Öffentlichkeit propagiert hat und nicht ersichtlich ist, warum sein Koalitionspartner hier nicht mitziehen könnte!

Bei dieser Gelegenheit könnte man auch ein zweites Thema aufgreifen, das in Zirkeln Eingeweihter bereits seit längerem diskutiert wird: Die Verknüpfung von Zeitwertkonten mit der betrieblichen Altersvorsorge: Warum soll es nicht möglich sein, Arbeitszeitguthaben nicht nur in Zeitausgleich zu nutzen, sondern alternativ auch in Altersvorsorge zu übertragen, die beispielsweise zu einer vorgezogenen Leistung führen kann?

Dass die Behördenpraxis zu wenig kreativ ist, zwingt mich noch zum ceterum censeo, dass ich die Entwicklung der Handhabung der Umwandlung von Gehaltsbestandteilen in Beiträge für beklagenswert erachte: Ursprünglich von Gesetzes wegen zweifellos zulässige Modelle der Gehaltsumwandlung wurden zunächst im Erlassweg abgewürgt, und dann das Gesetz entsprechend novelliert, um die Verwaltungspraxis abzusichern. Dies ist nicht das Klima, das betrieblicher Altersvorsorge einen positiven Stellenwert signalisiert!



All diese Maßnahmen würden nicht nur neue Quellen für die betriebliche Altersvorsorge erschließen, sondern würden auch bewirken, dass das Thema BAV sich nicht im einmaligen Abschluss einer Vereinbarung erschöpft, sondern die Frage der Beitragsleistung im Einzelnen Arbeitsverhältnis – auf der Basis klarer Regeln - immer wieder thematisiert und damit ins Bewusstsein gerückt wird!

Wie immer man zu diesen Einzelschlägen steht, so hoffe ich, dass wir als Gesellschaft im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge wieder mehr Kreativität entwickeln, um das Thema kontinuierlich im Bewusstsein der Menschen zu verankern!

# VBV-Pensionskasse AG

## Unternehmensstruktur / Konzern

### Unternehmensprofil

Die VBV-Pensionskasse AG ist eine der wesentlichen Trägerinnen der kapitalgedeckten betrieblichen Altersvorsorge – mit einer Bilanzsumme von rund € 4,3 Mrd., 156.354 Anwartschaftsberechtigten, 16.337 Leistungsberechtigten und 4.269 Verträgen konnte die Marktführerschaft weiter ausgebaut werden.

Mit diesem Hintergrund und im Bewusstsein der Verantwortung die diese Aufgabe beinhaltet, haben wir im Berichtszeitraum die Gründung der VBV-Betriebliche Altersvorsorge AG initiiert.

Die neu gegründete VBV-Betriebliche Altersvorsorge AG (Holding) steht über den Unternehmen VBV-Pensionskasse AG, CAMPUS Beratungsgesellschaft für betriebliche Vorsorge mbH und BVP-Pensionsvorsorge-Consult GmbH. Im Jahr 2007 werden die VBV-Mitarbeitervorsorgekasse AG und VINIS Gesellschaft für nachhaltigen Vermögensaufbau und Innovation mbH in die Holding übernommen.





## Ressortaufteilung

### **Dr. Johannes M. Martinek**

Vorstandsvorsitzender

Büro des Vorstandes  
Veranlagung  
Rechnungswesen & Controlling  
Verwaltung  
Mathematik  
Recht & Beratung  
Beteiligungen allgemein

### **Karl Timmel**

Vorstandsdirektor

Marketing  
Vertrieb  
Kundenservice  
Risikomanagement  
Personal  
Betriebsorganisation  
IT

## Verantwortung Tochter-/Schwestergesellschaften

VBV-Mitarbeitervorsorgekasse AG

VINIS Gesellschaft für nachhaltigen  
Vermögensaufbau und Innovation  
mbH

CAMPUS  
Beratungsgesellschaft für  
betriebliche Vorsorge mbH

ESPA Financial Advisors GmbH

BVP-Pensionsvorsorge-Consult GmbH

## Gemeinsame Verantwortung

**Dr. Johannes M. Martinek**

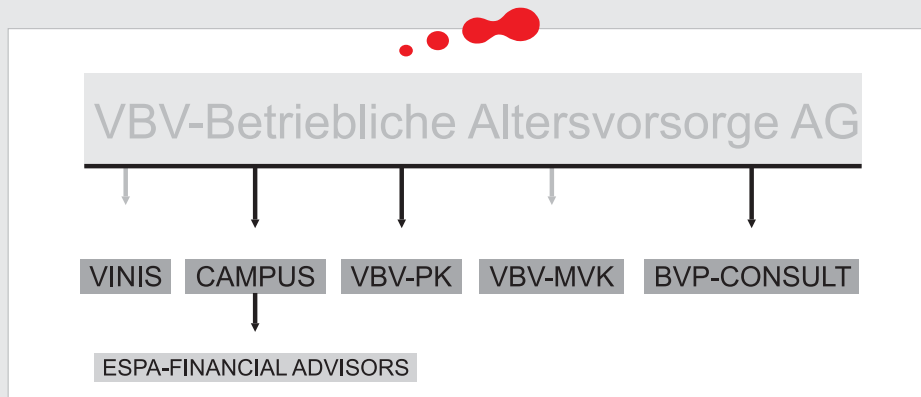
Vorstandsvorsitzender

**Karl Timmel**

Vorstandsdirektor

Aktuar  
Compliance  
Grundsätze der Geschäftspolitik  
Öffentlichkeitsarbeit / Lobbying / Strategische Positionierung  
Revision

## Kontrollstrukturen



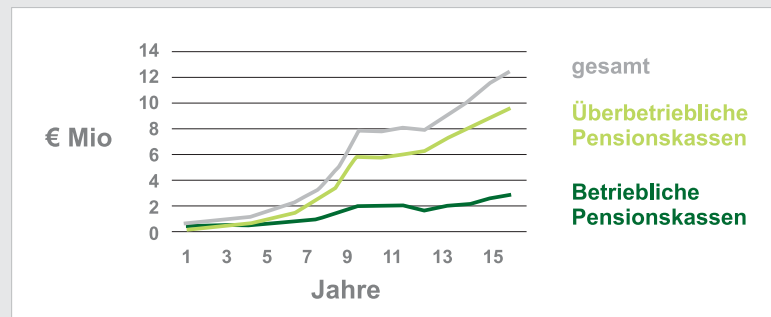
# Lagebericht

## Pensionskassen und deren Entwicklung

Die steigende Nachfrage nach betrieblicher, kapitalgedeckter Altersvorsorge ist nach wie vor ungebrochen. Im Berichtszeitraum steigerte sich die Nachfrage um 14 %, während in den Jahren zuvor eine durchschnittliche Steigerung von ca. 8 % berichtet werden kann.



## Verwaltetes Vermögen



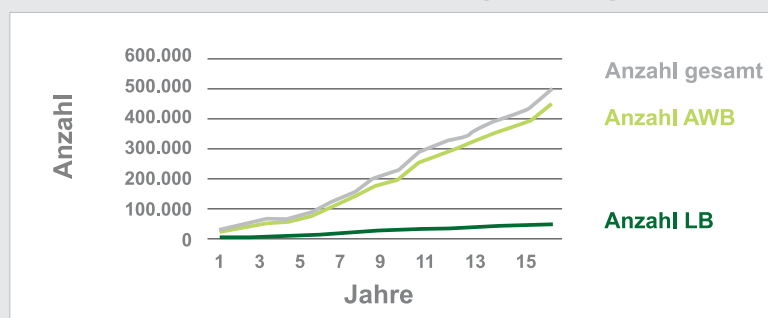
Im Jahr 2006 war die Altersvorsorge und deren Finanzierung zentrales Thema in der Medienberichterstattung. Ein Großteil der Österreicherinnen und Österreicher tragen Sorge für einen gesicherten Lebensstandard im Alter. Betriebliche Vorsorge ist im Bewusstsein der österreichischen Bevölkerung ein wesentlicher Bestandteil einer gesicherten Zukunft im Alter.

Die neue Bundesregierung hat die Institution Pensionskassen klar befürwortet und bekennt sich im Regierungsprogramm dazu. Um die 2. Säule der betrieblichen Altersvorsorge weiter zu stärken und dieses System möglichst vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zugänglich zu machen ist es wesentlich gesetzliche Veränderungen vorzunehmen. Eine dieser Änderungen betrifft die neuen Selbständigen, gerade dieser ständig wachsenden Gruppe sollte das System Pensionskasse zugängliche gemacht werden.

Arbeitnehmer sollten für ihre Eigenbeitragsleistung steuerlich den Unternehmen gleichgestellt werden – EET-Prinzip (Beitragsleistungen - Werbungskosten / Veranlagung - steuerfrei / Pension - versteuert).

In anderen europäischen Ländern wird das System bereits so gelebt, Belgien, Irland und die Niederlande besteuern die Firmenpension erst bei der Auszahlung. Dieser Schritt führt dazu, dass mehr Anwartschaftsberechtigte Eigenbeiträge leisten und es damit zu einer besseren Schließung der Pensionslücke kommt.

## Anwartschafts- und Leistungsberechtigte



Bei Firmenpensionen zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Pensionskassen monatlich Beiträge ein, die später in der Pension ausbezahlt werden. Die durchschnittliche Firmenpension beträgt monatlich 527 Euro brutto. Insgesamt veranlagen die zwanzig Pensionskassen ein Vermögen von rund zwölftehalb Mrd. Euro. Sie sind damit der größte private Pensionszahler Österreichs.

# Makroökonomische Grundlagen

## **Verlagerung der internationalen Konjunkturdynamik**

Eines der großen makroökonomischen Themen des Jahres 2006 war, dass die USA die Rolle der Konjunkturlokomotive zugunsten einer gleichmäßigeren Wachstumsverteilung auf die verschiedenen Weltregionen verloren haben. Nach mehreren Fehlstarts hat sich der Aufschwung 2006 endlich in der EU durchgesetzt.

## **Auch die Inlandsnachfrage belebte Österreichs Konjunktur**

Österreichs Wirtschaft profitierte mit einem BIP-Anstieg von real 3,2 % im abgelaufenen Jahr vom Konjunkturaufschwung in Europa (+2,8 %). Die dadurch ausgelösten Wachstumsimpulse gingen auf die Investitionen (+5,2 %) über und der Warenexport (+10,4 %) setzte seine Erfolgsgeschichte fort. Aufgrund des mäßigen Anstieges der Netto-Realeinkommen pro Kopf (+0,8 %) erfuhr der private Konsum (+1,9 %) trotz des Beschäftigungswachstums (+1,5 %) aber keine substantielle Wachstumsbeschleunigung und hinkte der guten Konjunktur hinterher.

## **Ein guter Jahrgang für die Wirtschaftsbereiche**

Besonders kräftig expandierten die Sachgütererzeuger (+10,9 %) und die Bauwirtschaft (+17,3 %). Neben der für sie günstigen Konjunktur, profitierten diese Branchen von zwei Sondereffekten: aufgrund der Vorzieheffekte vor der Anhebung der deutschen Mehrwertsteuer mit Jahresbeginn 2007 verzeichneten besonders die Autozulieferer Ende 2006 zusätzliche Nachfrage. In der Bauwirtschaft wiederum ermöglichte das ungewöhnlich milde Wetter die rasche Fertigstellung vieler Projekte, sodass die Bauproduktion im 4. Quartal unüblich hoch ausfiel.

Im Fremdenverkehr blieben in der Sommersaison mehr Gäste weniger lang und in der Wintersaison war trotz Schneemangel ein guter Start festzustellen. Im gesamten Jahr war die Nüchternbilanz bisher leicht negativ (-0,2 %). Der Handel blieb trotz Umsatz- und Beschäftigungsplus (+1,7 % bzw. 1,5 %) hinter der allgemeinen Konjunkturentwicklung (+3,2 %) zurück. Besser verlief das Umsatzwachstum in den Dienstleistungsbranchen (+3,7 % nominell), besonders im Flugverkehr, der Schifffahrt und den Reisebüros. Bei den österreichischen Banken setzte sich der Trend zu schwachen Zinserträgen (Nettozinsertag +0,5 %) und steigenden Provisionserträgen (+10,8 %) auch im Berichtsjahr weiter fort.

## **Kein schlechtes Jahr für den Arbeitsmarkt**

Der Arbeitsmarkt reagierte deutlich auf den besseren Wirtschaftsgang: die Zahl der Beschäftigten (+1,5 %) erhöhte sich 2006 deutlich und die Arbeitslosigkeit (-4,7 %) reduzierte sich unter anderem dank Intensivierung der Schulungsmaßnahmen (+18 %), was die rückläufige Arbeitslosenquote von 7,3 % (2005) auf 6,8 % (2006) erklärt. Die Preisentwicklung ergab ein differentes Bild: während die Inflation gemessen am Anstieg der Verbraucherpreise (+1,4 %) deutlich unter dem EZB Ziel (unter aber nahe 2 %) blieb, legten die Großhandelspreise (+2,9 %), die Erzeugerpreise (+2,2 %), die Baukosten (Wohnbau +4,6 %) und ganz allgemein die Kollektivvertragslöhne (+2,7 %) deutlich stärker zu.

Die gute Konjunktur sorgte für einen raschen Anstieg der Steuereinnahmen. Trotzdem wurde die Chance auf ein Nulldefizit oder sogar auf einen Budgetüberschuss verspielt. Das Defizit der öffentlichen Haushalte dürfte 2006 laut WIFO-Prognose auf 1,2 % des BIP gesunken sein (2005: 1,5 %).

Ein ambivalentes Bild war schließlich in der Insolvenzentwicklung zu erkennen: während die rückläufigen Unternehmenspleiten (-4,9 %) der guten Konjunktur folgten, gab es bei den Privatkonkursen (+16,2 %) wieder einen enormen Anstieg.

# Veranlagung

Vor dem Hintergrund einer robusten Gesamtkonjunktur verlief die Wertentwicklung für die wichtigsten Anlageklassen – Anleihen und Aktien – im Jahr 2006 zweigeteilt. Die europäischen Anleihenmärkte beendeten das Jahr 2006 zum dritten Mal nach 1994 und 1999 nicht im positiven Bereich. Die Entwicklung der Anleihen im Euro-Raum war dabei geprägt von den Zinserhöhungen der Europäischen Zentralbank (EZB), die den Leitzinssatz von 2,25 % zu Beginn des Jahres in fünf Schritten auf 3,50 % anhob. Dies ging einher mit Kursverlusten der Euro-Staatsanleihenmärkte. Eine etwas bessere Wertentwicklung zeigten hingegen Unternehmensanleihen und insbesondere High Yield Anleihen, die von der Risikobereitschaft der Investoren profitierten. Auch Staatsanleihen aus den Schwellenländern, so genannte Emerging Markets Anleihen, verzeichneten eine deutlich positive Performance.

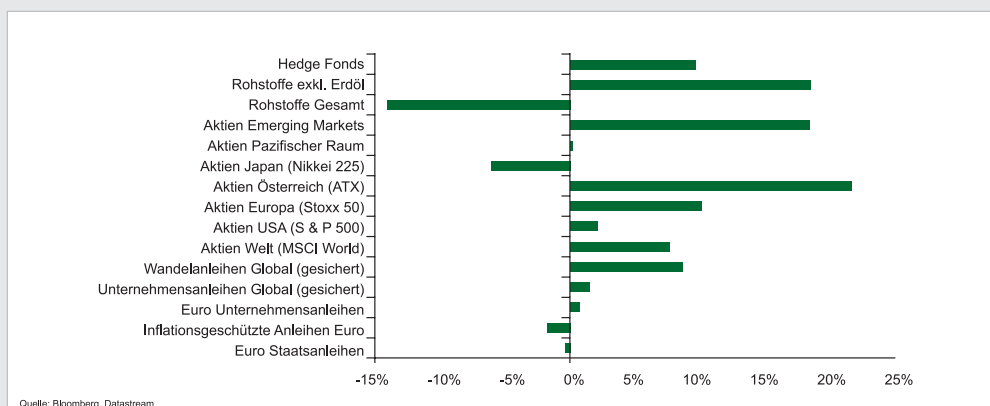
Die Aktienmärkte entwickelten sich im Jahr 2006 insgesamt durchaus erfreulich. Die zur Jahresmitte erfolgte deutliche Kurskorrektur nach unten konnte in den Folgemonaten wieder aufgeholt werden, sodass gegen Jahresende zum Teil neue Jahreshöchststände erreicht werden konnten. Unter Berücksichtigung der jeweiligen Währungsentwicklung zeigten die einzelnen globalen Aktienmärkte dabei einen durchaus unterschiedlichen Kursverlauf. Insgesamt konnte der weltweite MSCI World-Aktienindex in EUR um 7,7 % zulegen. Der amerikanische S & P 500 Aktienindex stieg umgerechnet in EUR um bescheidene 2 %, während der europäische Stoxx 50-Aktienindex einen Kursanstieg von mehr als 10 % verzeichnen konnte. Ausgezeichnet entwickelte sich wiederum der österreichische ATX-Aktienindex mit einem Kurssprung von knapp 22 %. Trotz eines Einbruchs von bis zu -25 % in den Sommermonaten konnten sich Emerging Markets-Aktien mit einer Wertentwicklung von rund 19 % im Jahr 2006 sehr gut behaupten. Schlusslicht im Jahr 2006 war Japan mit enttäuschenden -6 %, umgerechnet in EUR.

Alternative Anlageklassen wie Immobilien und Hedge Fonds konnten im abgelaufenen Jahr wiederum positiv zur Performance beitragen. Die Entwicklung der Rohstoff-Märkte war im Jahr 2006 insbesondere geprägt vom starken Rückgang des Ölpreises.

Währungsseitig zeigte sich im Berichtszeitraum eine deutliche Abschwächung des US-Dollar. Der US-Dollar verlor 11,4 % an Wert und notierte per 29.12.2006 bei rund 1,32. Auch der japanische Yen (-11,2 %) und der Schweizer Franken (-3,0 %) notierten gegenüber dem Euro schwächer. Das Britische Pfund konnte hingegen um 2,1 % zulegen.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung der wichtigsten Anlageklassen im Jahr 2006.

Wertentwicklung Anlageklassen 2006 in EUR-Währung (in %)



## **Veranlagungsmanagement der VBV**

Entsprechend der Marktmeinung der VBV-Pensionskasse waren Aktienveranlagungen im Vergleich zur strategisch festgelegten Aktienquote im Jahr 2006 übergewichtet und Rentenveranlagungen tendenziell untergewichtet. Zudem hat die VBV-Pensionskasse die Veranlagung in alternativen Anlageklassen, wie zum Beispiel Immobilien, Hedge Fonds und Rohstoffe weiter ausgebaut.

## **Performance 2006**

Insgesamt war die Performance der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften der VBV-Pensionskasse im vergangenen Jahr durch das schwierige Umfeld für Anleihen geprägt.

Am besten konnten sich die entsprechend ihrer strategischen Asset Allocation dynamisch ausgerichteten Veranlagungs- und Risikogemeinschaften behaupten. Die Bandbreite der Performance lag – je nach Ausrichtung der Anlagestrategie – zwischen +2,88 % bis +6,31 % (OeKB-Methode).

Die Performance des VBV-Lebensphasenmodells entwickelte sich dabei im Rahmen der im Asset-Liability-Management-Prozess ermittelten statistischen Erwartungswerte. Die stabile Lebensphasen-VRG erreichte eine Performance von +3,60 %, die ausgewogene Lebensphasen-VRG von +4,57 % und die dynamische Lebensphasen-VRG von +5,98 %.

## **Neue Vermögensverwaltungsmandate**

Im Vorfeld der Neustrukturierung der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften wurden im vergangenen Jahr einige externe Vermögensverwaltungsmandate aufgrund unzureichender Ergebnisse beendet und neu vergeben. Entsprechend den in der VBV-Pensionskasse definierten Grundsätzen der Vermögensveranlagung erfolgte die Neuvergabe der Mandate jeweils durch ein internationales Ausschreibungsverfahren unter Beiziehen externer Beratungsunternehmen. Darüber hinaus wurden auch zwei internationale Ausschreibungen für die neuen Anlageklassen „Fremdwährungen (Currency Overlay)“ und „Asiatische Immobilienaktien“ mit Unterstützung renommierter Investmentconsulting-Unternehmen durchgeführt.

## **Neuorganisation des Anlageteams**

Zur weiteren Effizienzsteigerung der Vermögensveranlagung wurde im abgelaufenen Jahr eine Neuorganisation des Bereichs in die beiden Gruppen „Veranlagungsmanagement“ und „Veranlagungsadministration“ vorgenommen. Eine der Hauptaufgaben des Bereichs Veranlagung ist das VRG-Management inklusive der damit verbundenen Aufgaben im Back Office der Veranlagungsadministration. Für das VRG-Management ist jede Veranlagungs- und Risikogemeinschaft einem „VRG-Betreuer“ im Veranlagungsmanagement sowie in der Veranlagungsadministration zugeordnet. Damit ist eine bestmögliche Betreuung unserer Veranlagungs- und Risikogemeinschaften sichergestellt.

## **Zukunftspläne und Strategien der Veranlagung**

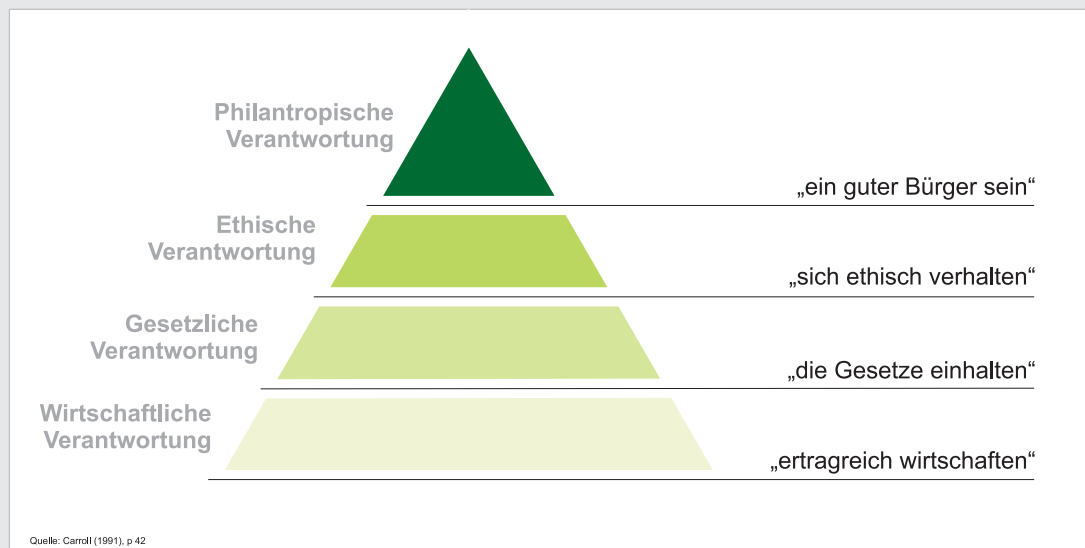
Die VBV-Pensionskasse ist bestrebt, die Qualität des Veranlagungsmanagement-Prozesses laufend zu verbessern. Für 2007 planen wir eine Weiterentwicklung der Anlagestrategie in Richtung einer noch stärkeren Einbindung alternativer Investments sowie den Aufbau eines ergänzenden Absolute Return-Ansatzes.

## Nachhaltigkeitsaspekte der Veranlagung

Die Werte sind im Wandel, auch was die Wirtschaftsethik betrifft. In seinem Artikel, „The Social Responsibility of Business Is to Increase Its Profits“ argumentierte Milton Friedman vor fast vierzig Jahren, dass „die einzige Verantwortung, die der Wirtschaft und Unternehmen zugeschrieben werden kann, in Richtung einer Erhöhung des Profits gerichtet sein muss“. Diese Haltung ist aus heutiger Sicht nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Die Verantwortungsbereiche der Wirtschaft sind vielfältig. Neben ökonomischen und legalen gibt es auch ethische und philanthropische Verantwortungsbereiche. Aus Sicht der nachhaltigen Veranlagung (SRI) sollten Unternehmen zumindest drei Arten von Verantwortung akzeptieren und befolgen – die ökonomische, legale und ethische.

„Corporate Social Responsibility“ Pyramide



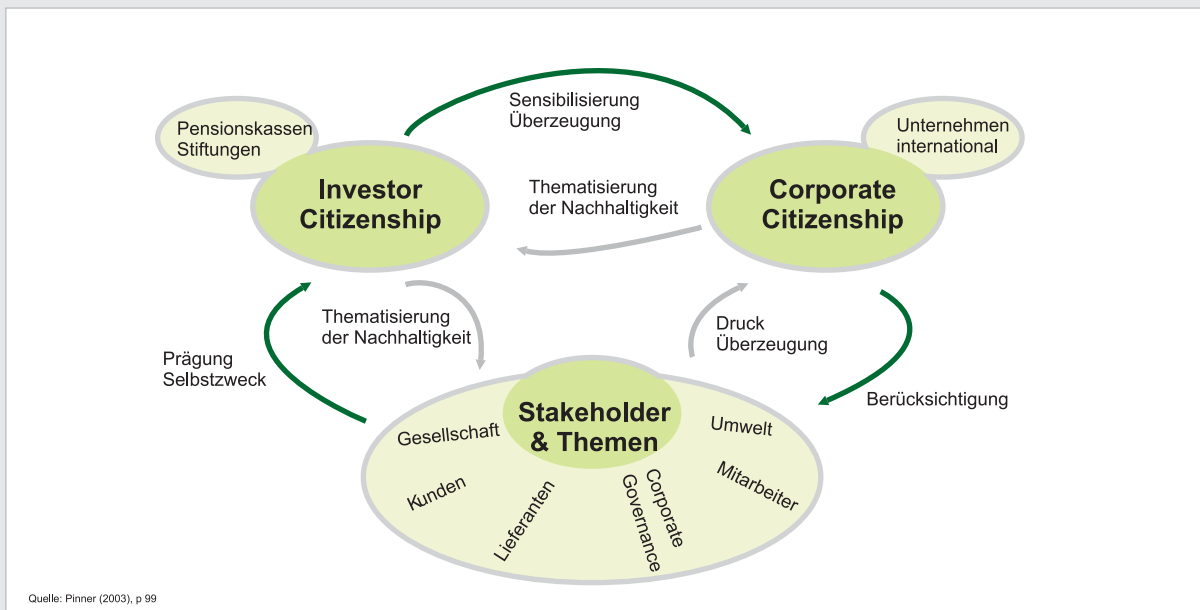
Verantwortung bedeutet auch, die Interessen der Stakeholder zu berücksichtigen. Konsumenten, Aktionäre, Mitarbeiter und die Gesellschaft sind wahrscheinlich die wesentlichsten Anspruchsgruppen jeder Organisation, die sich innerhalb eines Stakeholder-Netzwerks bewegt. Auch Rapaport, der „Erfinder“ des Shareholder Value Konzepts, argumentiert, dass ein nachhaltiges Überleben von Unternehmen nur dann möglich ist, wenn Beziehungen zu Stakeholdern in Betracht gezogen werden und die finanziellen Forderungen der Stakeholder erfüllt werden.

Theoretisch kann jedes Unternehmen als ein soziales Gebilde gesehen werden, dessen Mandat und Einschränkungen von der Gesellschaft festgelegt werden. Die Idee eines „unternehmerischen Sozialvertrages“ wurde in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts geboren. Das Prinzip eines Sozialvertrages besagt, dass eine Firma indirekte soziale Verpflichtungen gegenüber ihren Stakeholdern hat.

Die Begriffe des „Corporate Citizenship“ und des „Investor Citizenship“ laufen auf die Verantwortung der Unternehmen auf der einen und der Investoren auf der anderen Seite hinaus. Verantwortungsvolle Investoren, verantwortungsvolle Unternehmen und alle Stakeholder bilden eine so genannte „Einheit der Nachhaltigkeit“.

Investoren können eine aktive „Engagement-Strategie“ einsetzen und Unternehmen von nachhaltigen Zielsetzungen überzeugen. Andererseits ist es auch denkbar, dass Unternehmen von sich selbst aus beginnen, an ihrer CSR Strategie zu arbeiten und diese an ihre Investoren zu kommunizieren.

## SRI – Beziehungsgeflecht zwischen Stakeholdergruppen, Investoren und Unternehmen



Die Einschätzung der Bedeutung von SRI-Investoren auf das unternehmerische Verhalten wird unterschiedlich gesehen. Einige Nachhaltigkeitsexperten argumentieren, dass „grüne Investoren“ einerseits „schmutzige“ Firmen zu einer Kehrtwende bewegen können, und dass SRI Ergebnisse andererseits zu geringeren Investitionen dieser Unternehmen führen können.

Nachhaltiges Investment kann theoretisch die Kapitalkosten von Unternehmen beeinflussen und damit deren Investmentpolitik verändern.

# Risikomanagement, Ziele und Methoden

Der Bereich Risikomanagement in der VBV-Pensionskasse ist strukturell entsprechend eines Asset-Liability Managements gestaltet. Die Mitarbeiter im Bereich bringen also gleichermaßen Fachwissen ein aus dem Bereich der Veranlagung sowie der Versicherungsmathematik und Finanzmathematik.

Zu den bedeutendsten Risiken, denen die Gesellschaft im Geschäftsbetrieb ausgesetzt ist, gehören weiterhin die Risiken aus der Kapitalveranlagung. Der Schwerpunkt der Tätigkeit bleibt daher darauf ausgerichtet, all jene Risiken, die aus der Veranlagung resultieren, umfassend zu identifizieren, zu analysieren, in geeigneter Weise messbar zu machen. Im weiteren Prozess sind die Risiken laufend zu bewerten, zu überwachen und zu steuern. Die Überprüfung der Risiken wird sowohl für die Veranlagungs- und Risikogemeinschaften als auch für die Eigenmittel der Gesellschaft durchgeführt. Gleichzeitig wird auch dem operationellen Risiko entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet.

**Marktrisiko** bezeichnet die Gefahr, dass bestehende Vermögenswerte oder Aktiva aufgrund negativer Marktentwicklung (z.B. Aktienkurse, Zinsentwicklung, Währungen) an Wert verlieren und für den Risikoträger ein Verlust entsteht.

**Kreditrisiko** bezeichnet die Gefahr, dass dem Kreditgeber (Risikoträger) dadurch ein Verlust entsteht, dass ein Kreditnehmer (z.B. durch Insolvenz) seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen kann.

**Liquiditätsrisiko** bezeichnet die Gefährdung von Kapital respektive Gewinnen bei einer potenziellen Unfähigkeit des Investors, die Zahlungsverpflichtungen zeitgerecht zu erfüllen, ohne dabei hohe Verluste zu erleiden.

Unter **operationellen Risiken** versteht man die Gefahr von Verlusten als Folge unangemessenen Handelns oder des Versagens von Mitarbeitern, internen Prozessen oder Systemen aufgrund externer Ereignisse.

Folgende Punkte stellen die wichtigsten Einflussfaktoren auf die Risikokategorie operationelles Risiko dar:

**Organisation**  
**Geschäftsprozess**  
**Technologie**  
**Mensch**  
**Externes Risiko**

#### **1. Organisation:**

Die VBV hat durch die implementierte Organisationsstruktur sowie die Funktionstrennung einen wichtigen Grundstein zur Begrenzung des Risikos geschaffen. Klare Verantwortungen betreffend Kompetenzen, Zeichnungsberechtigungen und Vertretungsregelungen, die Dokumentation wichtiger Arbeitsabläufe in korrespondierenden Regelungen und Richtlinien sowie die Kommunikation an alle Beteiligten wurden festgelegt.

#### **2. Geschäftsprozess:**

Hier sind insbesondere der Abwicklungsprozess und die Orderprozesse im Bereich Veranlagung von Bedeutung. Entsprechende Arbeitsanweisungen sind formuliert, an alle Beteiligten kommuniziert und regeln die jeweiligen Arbeitsabläufe. Simultan werden routinemäßig die Prozesse auf Aktualität geprüft.

#### **3. Technologie:**

Von zentraler Bedeutung sind hier insbesondere Systemprüfung und Abnahme von geprüften Systemen, Regelungen hinsichtlich Wartung und Pflege der Systeme, entsprechende Schnittstellen sowie ausreichende Dokumentation der Prozesse.

#### **4. Mensch:**

Schlüssel ist eine entsprechende Ausbildung und Qualifikation der handelnden Personen und die Gewährleistung der Personalentwicklung und Weiterqualifizierung. Entsprechende Vertretungsregelungen innerhalb der Bereiche sollen den Ausfall von Schlüsselkräften verkraftbar machen und den Prozess gegen dieses Risiko weitest möglich immunisieren. Regelungen zur Vermeidung von Fahrlässigkeit wie das interne Kontrollsystem (IKS) oder ein Vier-Augen-Prinzip sind in Kraft. Hinsichtlich des Betrugsrisikos und dessen Vermeidung wird an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, dass weder im Bereich Veranlagung noch im Bereich Risikomanagement Anreiz- und Vergütungssysteme für die in diesen Bereich fallenden Tätigkeiten existieren.

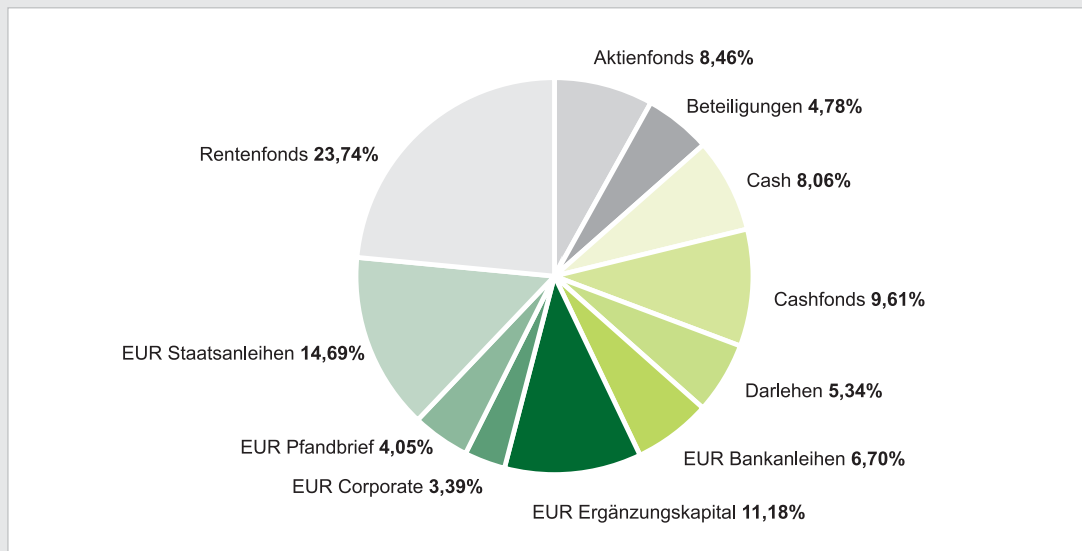
#### **5. Externes Risiko:**

Darunter fallen unter anderem Geschäftspartner, Rechtsprechung oder Naturgewalten. Insbesondere zum Thema Geschäftspartner wird darauf verwiesen, dass die Auswahl der Geschäftspartner unter höchstmöglicher Sorgfalt unter Berücksichtigung entsprechender Bonitäten erfolgt und durch risikoreduzierende Maßnahmen wie z. B. Managerdiversifikation bestmöglich begleitet wird.

Die **Veranlagung des Vermögens der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften sowie die Veranlagung der Eigenmittel der Gesellschaft** erfolgt im Hinblick auf § 2 des Pensionskassengesetzes unter dem Aspekt der Sicherheit, der Rentabilität, dem Bedarf an flüssigen Mitteln sowie der angemessenen Mischung und Streuung der Vermögenswerte.

Die Aufteilung der Eigenmittel der Gesellschaft zeigt zum Stichtag 31.12.2006 folgendes Bild:

Aufteilung der Eigenmittel per 31. 12. 2006

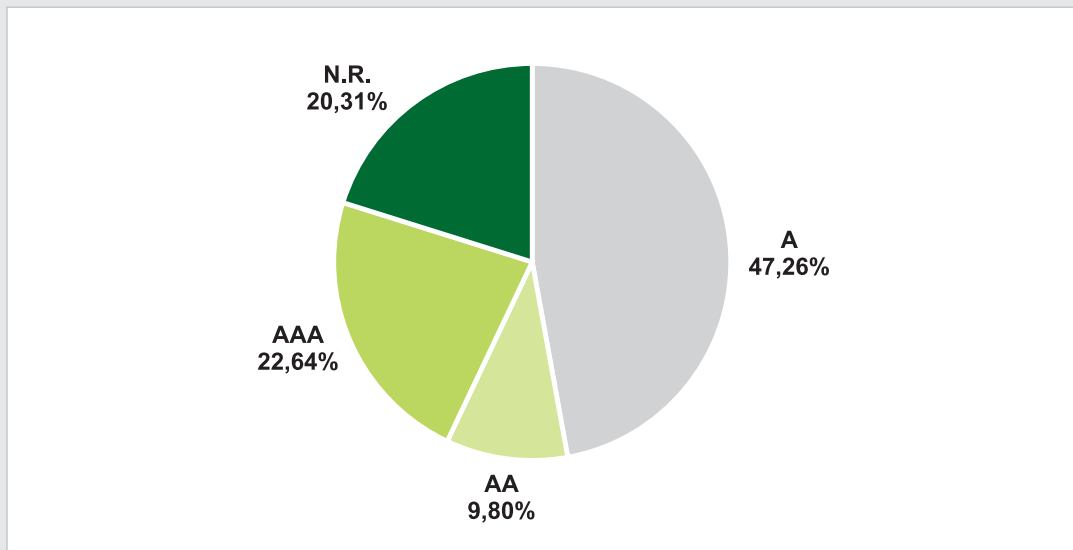


Die Eigenmittel der Gesellschaft sind überwiegend in festverzinsliche Anlagen investiert. Die Beurteilung des Zinsänderungsrisikos erfolgt durch die Ermittlung wichtiger Kennzahlen wie der Duration und der Modified Duration des Rentenbestands. Zusätzlich werden Berechnungen auf Basis finanzmathematischer Methoden durchgeführt (Stresstests, Szenarioanalysen), die ebenfalls Aufschluss über mögliche Veränderungen der Werthaltigkeit der Bestände geben. Der Aktienanteil beträgt insgesamt 8,46 %, der Anteil österreichischer Aktien beträgt insgesamt 1,70 %. Der Anteil an Eigenmitteln, der derzeit aktienseitig in Fremdwährungen veranlagt ist, beträgt zum Stichtag 5,59 %.

Zur Erfassung des Bonitätsrisikos wird die Einstufung der Bonität – soweit vorhanden - mit Hilfe externer Agenturen wie Standard & Poors oder Moody's vorgenommen. Der Bestand an festverzinslichen Wertpapieren und Schuldscheindarlehen ist dem „Investmentgrade“-Bereich zuzuordnen, wobei einzelne Emissionen über kein externes Rating verfügen.

Die detaillierte Aufteilung des Rentenbestandes per 31.12.2006 nach Ratingklassen stellt sich wie folgt dar:

Rentenbestand nach Ratingklassen



Die Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen ist durch das Halten von liquiden Mitteln in Form von Sichteinlagen und Termineinlagen sowie durch die jederzeit gegebene ausreichende Möglichkeit zum Verkauf von marktgängigen Titeln gewährleistet. Bei den gehaltenen Wertpapieren handelt es sich somit durchwegs um liquide, handelbare Wertpapiere.

Ein pensionskassenspezifisches **Risiko** der VBV-Pensionskasse AG besteht aufgrund der möglichen Zuschussverpflichtung in die Veranlagungs- und Risikogemeinschaften aus dem Titel „Mindestertrag“ gemäß § 2 (2) Pensionskassengesetz.

Zur Bewertung der Höhe der potenziellen Zuschüsse wird der Kapitalverlauf dabei unter Zugrundelegung der für die nächsten Jahre erwarteten Portfoliorendite prognostiziert, die sich auf Basis finanzmathematischer Berechnungsmodelle bestimmt. Dabei werden für die Aktivseite der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften unter Zugrundelegung der aktuellen Anlagestrategie regelmäßig die erwartete Portfoliorendite und die erwartete Portfoliovolatilität bestimmt. Dieser Ansatz wird laufend insbesondere in Bezug auf Gültigkeit der getroffenen Annahmen kontrolliert und adjustiert. In einem weiteren Schritt werden Ausfallswahrscheinlichkeiten auf vordefinierte Zielrenditen kalkuliert. In Stressszenarien wird zudem in periodischen Intervallen geprüft, wie die Veranlagungs- und Risikogemeinschaften auf krisenhafte Veränderungen des Kapitalmarktes reagieren.

Die Bildung einer Mindestertragsrücklage (MERL) ist nur für Verträge mit einer Garantie verpflichtend. Die jährliche, gesetzlich vorgeschriebene Dotierung zum Aufbau der MERL weist keinen direkten, periodengerechten Zusammenhang mit der Höhe der zu leistenden Garantie auf. Die Kosten für die erforderliche Dotierung werden dem Kunden angelastet.

Das Risiko potenzieller Zuschüsse aus dem Titel „Mindestertrag“ über die nächsten fünf Jahre für die im Mindestertrag verbliebenen Aktiven und Pensionisten erscheint durch die bereits dotierte Mindestertragsrücklage ausreichend gedeckt.

# Mitarbeiter

Im Jahr 2006 wurde mit der Gründung einer Holding (VBV-Betriebliche Altersvorsorge AG) ein großer Schritt zur Neugestaltung des VBV-Konzerns gemacht. Die VBV-Pensionskasse AG bleibt auch nach der Neustrukturierung weiterhin die wirtschaftlich dominierende Gesellschaft der Gruppe.

Die VBV-Pensionskasse AG wird mit der Neuorganisation der Prozessabläufe auch das Qualitätsmanagement ausbauen, um das Ziel eines perfekten Kundenservice besser und schneller umsetzen zu können. Der Kernpunkt unseres Leitbildes ist weiterhin Lösungskompetenz unter Berücksichtigung des sich rasch verändernden Umfeldes. Unsere Kunden können auf uns zählen.

Fachwissen der Mitarbeiter wurde mit fachspezifischen Seminaren auf den neuesten Stand gebracht. Mit internen Schulungen wurden Produkt- und Dienstleistungskenntnisse abteilungsübergreifend weitergegeben. Vorhandenes Potential wird somit für alle vorteilhaft genutzt.

Per Ende 2006 beschäftigte die VBV-Pensionskasse AG 75 MitarbeiterInnen (davon 40 Frauen und 35 Männer); davon waren 8 teilzeitbeschäftigt – diese entsprechen 3 Vollzeitäquivalenten.

## **Gesundheit und Sicherheit**

Die VBV-Pensionskasse AG entwickelt, unter Miteinbeziehung innovativer Vorschläge von Mitarbeitern und den positiven Erfahrungswerten der namhaften Aktionäre, auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge und Mitarbeiterbetreuung ein Programm, mit dem physisches und psychisches Wohlbefinden und damit auch Zufriedenheit und Selbstmotivation der ganzen Belegschaft noch verbessert werden soll. Die Umsetzung startet bereits 2007.

Die Mitbenützung der medizinischen Abteilung, der Wiener Städtischen Versicherung, im Haus, bleibt weiterhin ein wichtiger Punkt auf diesem Gebiet.

Sicherheit erhält durch die Eingliederung der VBV-Pensionskasse AG in das dafür gut entwickelte und mehrfach geprüfte Programm des Hauseigentümers eine besondere Bedeutung und ist immer auf dem neuesten technischen und gesetzlichen Stand.

# Umwelt

Im Jahr 2006 wurde die räumliche Anordnung der Mitarbeiterbüros im Sinne von Kundenservice und Effektivität neu strukturiert. Der Kundenempfang befindet sich nun im 5. Stock, das Pensionsservicecenter in unmittelbarer Nähe des Empfangs. Ebenso befindet sich ein großes Besprechungszimmer, das auch für Mitarbeiterschulungen und Seminare genutzt wird, in der 5. Etage. Ein zusätzlicher Trakt konnte angemietet werden, der gänzlich vom Bereich Verwaltung besiedelt wurde.

Die entsprechende Ausstattung mit Büromöbeln wurde nach Möglichkeit aus vorhandenen Beständen abgedeckt bzw. nach nachhaltigen Gesichtspunkten wie umweltfreundliche Herstellung, Langlebigkeit und Preis-Leistungs-Verhältnis neu angekauft.

Die betriebstechnische Verwaltung der Büroräumlichkeiten ist an die der Wiener Städtischen Versicherung angeschlossen, unsere direkte Einflussnahme auf die Betriebsökologie beschränkt sich daher im Wesentlichen auf unseren Bürobedarf, Energie- und Wasserverbrauch sowie unsere Abfallerzeugung.

Betrieblicher Umweltschutz war für uns auch im Jahr 2006 von besonderer Bedeutung, und es ist immer wieder eine Herausforderung, die hohen Umweltstandards im Unternehmen umzusetzen, die wir gerne annehmen.

In diesem Sinne wurden veraltete Schwarzweißdrucker durch moderne Modelle ersetzt, die sowohl einfache Schwarzweißkopien als auch hochwertige Farbausdrucke ermöglichen. Die Kosten dafür liegen bei gezielter und verantwortungsbewusster Verwendung verschiedener Papierqualitäten insgesamt nicht über dem bisherigen Niveau. Auch der Papierverbrauch konnte gegenüber dem Vorjahr trotz höherer Mitarbeiterzahl und des vermehrten Informationsbedarfs unserer Kunden beibehalten werden. Leere Tonerkassetten werden von einer Recyclingfirma entsorgt bzw. wieder befüllt.

# Geschäftsentwicklung und Lage der Gesellschaft

## Markt 2006

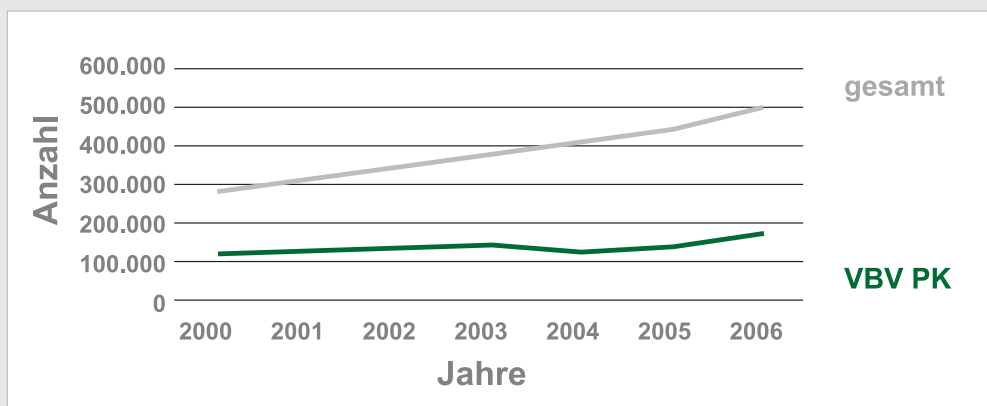
2006 konnten 120 neue Pensionskassenverträge abgeschlossen werden. Die Neu-Beiträge betrugen knapp über 10 Mio. €, wovon 2 Mio. € auf laufende Beiträge entfällt. Von den 120 Neukunden sind die bekanntesten Unternehmungen

**ÖAG**  
**EMI Records**  
**Deichmann**  
**Systema**  
**Henderson Global Investors**  
**Neue Heimat Tirol**  
**Leitl Gruppe, etc.**

Die überwiegende Anzahl der Geschäftsfälle wird mittlerweile ohne Vertriebspartner, in Form von so genannten direkten Geschäften der VBV-Mitarbeiter erbracht. Die ehemaligen Vertriebskanäle – Versicherungsaktionäre / Bankaktionäre – sind kaum noch für nennenswerte Vertriebsleistungen wie in der Vergangenheit heranzuziehen.

## Entwicklung der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten der österreichischen Pensionskassen

Anwartschafts- und Leistungsberechtigte



Die Ausschreibungen von Pensionskassenlösungen stagnieren zurzeit. Weiterhin ist die Geschäftsaufbringung jedoch im Bereich von Einzelübertragungen von ausscheidenden Geschäftsführern, im Bereich von Klein- und Mittelbetrieben für Familie und erweiterten Familienkreis, bzw. nach den Wahlen im Vorjahr Politiker zu finden.

Immer interessanter für die VBV-Pensionskasse wird die Erweiterung des Bestandsgeschäftes. So konnten 2006 bereits an Neubeiträgen 1,5 Mio. € und an Arbeitnehmerbeiträgen weitere 1,3 Mio. € gewonnen werden. Dieser Trend verstärkt sich in den letzten Monaten und wird 2007, bedingt durch einige Maßnahmen der Serviceabteilung, deutlich zunehmen.

## Unsere Gesellschaft 2006

Das Geschäftsjahr 2006 ist geprägt durch die gänzliche Neustrukturierung der Geschäfts- und Organisationsstruktur der VBV-Pensionskasse AG bzw. der VBV-Gruppe.

Die VBV-Pensionskasse AG hat in den vergangenen Jahren nicht nur eine deutliche Geschäftsausweitung im klassischen Pensionskassengeschäft erlebt, sondern auch in ergänzenden Bereichen Initiativen gesetzt, die erfolgreich begonnen und gut ausgebaut werden konnten. Die Gründung der VBV-Mitarbeitervorsorgekasse AG hat der VBV-Gruppe eine feste Positionierung im Bereich des obligatorischen Teils der betrieblichen Vorsorge gebracht, die ethisch-nachhaltige Orientierung der Veranlagung der VBV-Mitarbeitervorsorgekasse hat diesem Unternehmen ein unverwechselbares Profil gegeben. Dem ethisch-nachhaltigen Investment kommt auch in der VBV-Pensionskasse ein erheblicher Stellenwert zu.

Die Überführung der ursprünglich selbst gemanagten Fondsmandate im ethisch-nachhaltigen Bereich der Pensionskasse in Publikumsfonds im Rahmen der ESPA Erste Sparinvest Kapitalanlagegesellschaft mbH hat erstmals in Österreich die Möglichkeit geschaffen, in einer

breit aufgefächerten SRI-Fondspalette investieren zu können. Die Anfang 2006 geschaffene VINIS Gesellschaft für nachhaltigen Vermögensaufbau und Innovation mbH ist die Konzeptgesellschaft für das nachhaltig orientierte Veranlagungsthema. Die VINIS ist gewissermaßen das Ingenieurbüro für alle Bereiche eines Ausbaus und einer Weiterentwicklung der kapitalgedeckten betrieblichen Vorsorge. Mit der über die CAMPUS Beratungsgesellschaft für betriebliche Vorsorge mbH gehaltene Beteiligung an der ESPA Financial Advisors Gesellschaft mbH wurde dazu ergänzend die Möglichkeit geschaffen, Fondsmanagement in einem Nahbereich zur VBV-Pensionskasse durchzuführen.

CAMPUS hat sich im Jahr 2006 auch sehr stark mit allen Bereichen des Risikomanagements und der Asset Liability Studien befasst. Die BVP-Pensionsvorsorge-Consult GmbH konnte neben einer Sicherung ihres Marktanteils im Bereich der Bewertung von Sozialkapital auch die Verwaltung der betrieblichen Kollektivversicherung in ihre Dienstleistungspalette aufnehmen.

Wie ausgeführt, entwickeln sich alle Gesellschaften in positiver Weise. Die VBV-Gruppe hat mit ihrer Beteiligungspalette Tätigkeiten in allen Bereichen der betrieblichen Vorsorge entwickelt. Es war unsere Überlegung, diese einzelnen Bereiche einer wesentlich klareren Führungsstruktur zuzuführen und dadurch sicher zu stellen, dass die einzelnen Gesellschaften, insbesondere die VBV-Pensionskasse und die VBV-Mitarbeitervorsorgekasse, sich voll und ganz ihrem Kerngeschäft widmen können. Die darüber hinaus gehenden Marktaktivitäten sollen im Rahmen der Holding eine Weiterentwicklung erfahren.

Die VBV-Betriebliche Altersvorsorge AG (Holding) wurde am 29. Juni ins Firmenbuch eingetragen. Die zum 1.1.2006 rückwirkende Übertragung der Geschäftsanteile der VBV-Pensionskasse AG, der CAMPUS Beratungsgesellschaft für betriebliche Vorsorge mbH und der BVP-Pensionsvorsorge-Consult GmbH auf Holding ist per 24. Oktober erfolgt. In einem

zweiten Schritt wird im Jahr 2007 die VBV-Mitarbeitervorsorgekasse AG und die VINIS Gesellschaft für nachhaltigen Vermögensaufbau und Innovation mbH unter die Holding gestellt. Die erforderlichen Beschlussfassungen werden in einer außerordentlichen Hauptversammlung der VBV-Pensionskasse AG und der VBV-Betriebliche Altersvorsorge AG am 6. August getroffen werden. Mit 1. Jänner 2007 hat die VBV-Pensionskasse die Kernbereiche Rechnungswesen und Controlling sowie IT und EDV auf die VBV-Betriebliche Altersvorsorge AG übertragen.

Nach wie vor ist die VBV-Pensionskasse AG die wirtschaftlich dominierende Gesellschaft in der neustrukturierten VBV-Gruppe; konsequenter Weise wurde in Absprache mit der Finanzmarktaufsichtsbehörde/Pensionskassenaufsicht die Personenidentität in den Vorständen der Holding (VBV-Betriebliche Altersvorsorge AG) und der VBV-Pensionskasse hergestellt.

Die Neustrukturierung der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften wurde mit 1. Jänner 2007 umgesetzt. Dies gilt für jene Veranlagungs- und Risikogemeinschaften, die von der VBV-Pensionskasse allein verwaltet werden. Die Gespräche hinsichtlich der mit der ÖPAG Pensionskassen AG konsortial verwalteten Veranlagungs- und Risikogemeinschaften sind noch nicht abgeschlossen.

Der Prüfvaktuar der VBV-Pensionskasse, Dr. Klaus Wegenkittl hat die Sinnhaftigkeit und Effizienz dieser Vorgangsweise bestätigt.

Plangemäß wurde das neue Veranlagungskonzept mit 1. Dezember 2006 weitgehend in Kraft gesetzt. Das Currency Overlay Management wurde in seiner 1. Phase am 15. Dezember 2006 installiert. Nach Schaffung aller organisatorischen Voraussetzungen, die im Rahmen der Depotbank, der betroffenen Kapitalanlagegesellschaft und den beiden Currency Overlay Managern erforderlich waren, ist seit Februar 2007 die Umsetzung der Einführung abgeschlossen.

Die neue Veranlagungsstruktur und ihre Implementierung in den Veranlagungs- und Risikogemeinschaften wurde durch die Beratungsfirma

ppcmetrix, Zürich, geprüft und als zielführend für die Pensionskasse bestätigt.

Der Bereich Risikomanagement hat für die neu gegründeten Veranlagungs- und Risikogemeinschaften Optimierungsrechnungen vorgenommen. In Entscheidungssitzungen mit dem Vorstand, den Verantwortlichen aus Veranlagung, Risikomanagement und dem Aktuar, wurden die optimierten Veranlagungsstrukturen (strategische Asset Allocation) der einzelnen Veranlagungs- und Risikogemeinschaften festgelegt. Die Umsetzung wird derzeit vorgenommen.

Anfang 2007 wurden auch die Anlagebeiräte neu strukturiert. Die ersten Beiratssitzungen haben bereits stattgefunden.

Für die VBV-Pensionskasse AG ist die Einbindung der Vertreter der Anwartschafts- und Leistungsberechtigten der einzelnen Veranlagungs- und Risikogemeinschaften von grosser Bedeutung. In der Vergangenheit hat sich erwiesen, dass der direkte Kontakt mit Asset Managern für die Beiratsmitglieder von grosser Bedeutung ist. Wir haben uns daher entschlossen, das Beiratswesen in der VBV-Pensionskasse auf eine neue organisatorische Basis zu stellen.

Neu eingerichtet wurden Generalbeiräte. Mitglieder der Generalbeiräte sind die Mitglieder der Anlagebeiräte.

Die Generalbeiräte werden zwei Mal im Jahr stattfinden:

1. Halbjahr: Generalbeirat zum Thema Review:

Inhalt: Bericht über die von der VBV vorgenommenen  
Review-Prozesse

Bericht über die Bewertung der einzelnen Manager

Präsentation ausgewählter Manager

2. Halbjahr: Generalbeirat mit Schwerpunkt Marktentwicklung  
und Asset-Klassen

Inhalt: Beurteilung der Marktentwicklungen

Einschätzung der Konjunktur und Zinsentwicklung

Analyse neuer Asset Klassen

Präsentation neuer Anlagemodelle

## Eckdaten der Gesellschaft

Die Bilanzsumme der Gesellschaft beträgt zum Bilanzstichtag € 4.279 Mio.

Innerhalb der Veranlagungs- und Risikogemeinschaft stellt sich die Struktur zum Berichtsstichtag folgendermaßen dar:

	<b>2006</b>	<b>2005</b>
Verträge	4.269	4.105
Anwartschaftsberechtigte	156.354	117.329
Leistungsberechtigte	16.337	15.227
Beiträge (in Mio. €)	196	187
davon laufende Beiträge (in Mio. €)	166	158
davon Einmalbeträge (in Mio. €)	27	22
davon Übertragungen (in Mio. €)	3	7
Auszahlungen (in Mio. €)	111	101
davon laufende Pensionen (in Mio. €)	101	91
davon Abfindungen und Übertragungen (in Mio. €)	10	10
Deckungsrückstellung (in Mio. €)	4.033	3.746
Schwankungsrückstellung (in Mio. €)	100	110
Veranlagtes Vermögen (in Mio. €)	4.083	3.804
Anzahl Veranlagungs- und Risikogemeinschaften	39	41
Veranlagungsergebnis (ermittelt nach der OeKB-Methode)	4,91 %	9,17 %

Der Marktanteil der Gesellschaft entwickelte sich in allen Kernbereichen außerordentlich positiv und die angestrebten Ziele konnten auch im Geschäftsjahr 2006 abermals übertroffen werden. Die Marktführerschaft konnte dadurch gefestigt werden.

## Geldflussrechnung

		2006	2005
Finanzmittel am Beginn der Periode:	T€	11.418	13.324
Nettogeldfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	T€	-2.458	+17.061
Nettogeldfluss aus Investitions- tätigkeit	T€	+410	-18.421
Nettogeldfluss aus Finanzierungs- tätigkeit	T€	+0	-546
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	T€	9.370	11.418

## Eigenmittelausstattung gem. § 7 PKG

1. Grundkapital	€	22.044.821,00	22.044.821,00
2. Kapitalrücklage	€	7.844.029,78	7.844.029,78
3. Gewinnrücklage	€	15.600.000,00	12.100.000,00
4. Mindestertragsrücklage	€	12.226.996,99	8.032.128,84
5. Bilanzergebnis	€	233.881,74	133.891,87
6. Ergänzungskapital	€	11.000.000,00	11.000.000,00
Summe Eigenmittel	€	68.949.729,51	61.154.871,49

## Personalbericht

Die Gesellschaft beschäftigt exklusive der Vorstandsmitglieder per 31.12. 2006 70 Mitarbeiter, wobei alle Kernebereiche optimal abgedeckt werden können. Dies entspricht einem durchschnittlichen Personalstand von 67 Mitarbeitern. Eine Mitarbeiterin, die für die Gesellschaft tätig war, ist Angestellte der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG, Wien.

## Geschäftspolitische Schwerpunkte

Wie ausgeführt waren die Neuausrichtung der gesellschaftsrechtlichen Struktur, die Optimierung und Neuordnung der Passivseite in Verbindung mit einem Veranlagungskonzept, das den Anforderungen der optimierten Veranlagungs- und Risikogemeinschaftsstruktur gerecht wird, die prägenden Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit. Dazu kommen der Ausbau und Aufbau von Tätigkeiten in Tochter und Schwestergesellschaften, wobei insbesondere dem Ausbau der ethisch-nachhaltigen Fondspalette und die konzeptive Betreuung des Sustainable Investments im Rahmen der VINIS Gesellschaft für nachhaltigen Vermögensaufbau und Innovation mbH genauso wesentliche Bedeutung zukommen wie der Verwaltung der betrieblichen Kollektivversicherung in der Firma BVP-Consult. Gerade diese beiden Bereiche dokumentieren, dass die VBV-Gruppe auf allen für die betriebliche Vorsorge relevanten Bereichen maßgeblich und themenführend tätig ist.

Der weitere Auf- und Ausbau der Risikomanagementstrukturen in der Gesellschaft im Sinne der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen stützt die zielorientierte Veranlagungspolitik ab und erhöht die Sicherheit des Investmentprozesses. Wir werden damit der Herausforderung einer optimierten Verwaltung und Veranlagung unterschiedlichster Veranlagungs- und Risikogemeinschaften gerecht, wozu auch die geeignete Umsetzung der Veranlagungsprozesse für Bestände mit und ohne Mindestertragsgarantie zählt.

Der VBV-Pensionskasse war und ist immer daran gelegen, das Vertrauen in die betriebliche Altersvorsorge unabhängig von den einzelnen Durchführungswegen zu verbessern und abzusichern.

Die in den nächsten Jahren zu erwartenden Returns auf den einzelnen Veranlagungsmärkten werden jene Pensionsordnungen mit Rechnungszinsen von mehr als 3,5 % belasten. Diese Pensionszusagen, die teilweise auch mit der Übertragung direkter Leistungszusagen verbunden sind, waren zum Zeitpunkt ihres Abschlusses „State of the Art“ und wurden von den Unternehmungen nach intensiver Beratung und Evaluierung – teilweise durch international renommierte Consultants – beauftragt. Aus der Verantwortung des Verwalters dieser Pensionsordnungen heraus haben wir im Jahr 2006 eine Reihe von Initiativen fortgesetzt, in einzelnen Statuten die Rechnungszinssätze zu reduzieren. Eine Absenkung des Rechnungszinses und damit verbunden des vorgesehenen rechnungsmäßigen Überschusses führen naturgemäß zu einigen Problemstellungen im Bereich der Finanzierung der Maßnahmen. Wir können aber berichten, dass bei einigen Unternehmungen die Umstellung erfolgreich vorgenommen werden konnte. Noch 2006 wurde die Initiative gestartet, bei hochzinsigen Pensionsordnungen eine Reduktion des Rechnungszinses bei jenem Personenkreis vorzunehmen, der neu in die Pensionsregelung aufgenommen wird. Diese Aktivitäten werden im Jahr 2007 mit hoher Priorität fortgesetzt.

## Neustrukturierung und Optimierung der Passivseite der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften (VRGen) der VBV-Pensionskasse AG

Aufgrund der mittlerweile sehr großen Bedeutung des Themas Asset Liability Management in der Pensionskasse sowie aufgrund von Änderungen im Pensionskassengesetz ist es im Jahr 2006 erforderlich geworden, die bestehende VRG-Struktur neu zu überdenken. Nach einer ausführlichen Evaluierungsphase wurde beschlossen, eine Neustrukturierung in der „Landschaft“ der VRGen der VBV-Pensionskasse mit Wirksamkeit vom 1.1.2007 umzusetzen.

Folgende Grundgedanken wurden dem Konzept zugrunde gelegt:

- Zusammensetzung der VRGen nach dem Kriterium mit / ohne Mindestertragsgarantie
- Verringerung der Bandbreite der Rechnungszinssätze innerhalb der VRGen
- Straffung der Gesamtzahl der VRGen

Ausgehend von diesen Grundgedanken wurde dem Projekt ein Leitsatz vorangestellt:

„Die VBV-Pensionskasse AG hält ausdrücklich fest, dass die Umstrukturierung und alle damit erforderlichen Schritte unter Bedachtnahme der Wahrung der Interessen unserer Kunden mit größtmöglicher Sorgfalt erfolgen. Die Gewährleistung aller Verpflichtungen der vertraglichen Leistungen, die Sicherheit für unsere Kunden und ausreichende Informationen betrachten wir als unser oberstes Ziel.“



## **Die Grundgedanken:**

### **Zusammensetzung der VRGen nach dem Kriterium mit / ohne Mindestertragsgarantie**

Das Pensionskassengesetz sieht vor, dass bei der Verwaltung von Zusagen mit Mindestertragsgarantie engere Veranlagungsgrenzen einzuhalten sind, als bei der Verwaltung von Zusagen ohne Mindestertragsgarantie. In einer VRG, in der Zusagen mit Garantie geführt werden, liegt die Obergrenze für Aktien, aktienähnlich begebare Wertpapiere, Corporate Bonds, sonstige Beteiligungswertpapiere sowie sonstige Vermögenswerte bei 50 %. In einer VRG, in der ausschließlich Zusagen ohne Garantie verwaltet werden, beträgt diese Obergrenze 70 %. Für einen „gemischten“ Bestand sind die engeren Grenzen zu beachten.

Die strikte Trennung der VRGen nach dem Kriterium der Garantie schafft eine klare Struktur für die Bereiche Veranlagung, Risikomanagement und Verwaltung. Die Trennung ermöglicht, dass die jeweiligen Veranlagungsziele innerhalb einer VRG aus dem Titel „Garantie“ gleich sind und bewirkt damit ein gesteigertes Maß an Homogenität. Diese Homogenität innerhalb einer VRG erleichtert ein strukturiertes Asset Liability Management (kurz ALM).

### **Verringerung der Bandbreite der Rechnungszinssätze innerhalb der VRGen**

Als Konsequenz der Trennung nach dem Gesichtspunkt mit / ohne Mindestertragsgarantie erfolgt naturgemäß eine Vielzahl an Trennungen einzelner VRG-Teile, die dann mit anderen, „passenden“ Teilen zusammengeführt werden. Im Zuge dieses Zusammenführens wird darauf geachtet, dass die entstehende neue VRG nach Möglichkeit nur einen einheitlichen Rechnungszinssatz enthält, bzw. dort, wo dieses Ziel nicht erreichbar ist, die Spanne der Rechnungszinssätze innerhalb der VRG minimiert wird. Auch mit diesem Schritt wird die Homogenität der Veranlagungsziele innerhalb einer VRG gesteigert, was ein strukturiertes ALM erleichtert.

### **Straffung der Gesamtzahl der VRGen:**

Ein weiteres Thema, das im Zuge des neuen Konzeptes mit verfolgt wird, ist die mögliche Straffung der Anzahl der verwalteten VRGen. Eine verringerte Anzahl an VRGen bedeutet einerseits einen geringeren Verwaltungsaufwand für alle Kernbereiche der Pensionskasse. Damit können einzelne Abläufe gestrafft und beschleunigt werden. Hier steht insbesondere der Servicegedanke im Vordergrund und die Absicht, unsere Kunden schneller und besser betreuen können. Andererseits bietet ein größerer Bestand einen besseren versicherungstechnischen Ausgleich, was wiederum dem Ergebnis der VRG zuträglich ist

## Die Umsetzung:

Die Evaluierungsphase hat unmittelbar nach Beendigung der Arbeiten für den Jahresabschluss 2005 begonnen. Dabei wurden innerhalb jeder VRG so genannte Sub-VRGen gebildet, in denen die einzelnen Verträge nach den Kriterien Rechnungszins und Mindestertragsgarantie ja / nein gesammelt wurden. Verträge, in denen die Zuordnung nach dem Kriterium Mindestertragsgarantie ja / nein nicht einheitlich möglich war, wurden dupliziert und auf Personenebene in die richtige Sub-VRG eingeordnet.

Aus dieser Übersicht wurden für den weiteren Fortgang des Projekts wichtige Erkenntnisse gewonnen. Es konnte dadurch bereits relativ frühzeitig eine neue VRG-Struktur entworfen werden, Größenordnungen beim verwalteten Vermögen und bei der Kopfanzahl in den neuen VRGen erkannt und daraus wiederum Schwachstellen und mögliche Veränderungen herausgefiltert werden.

Eine Erkenntnis war, dass aus dem Projekt der Bereich der konsortial geführten VRGen zunächst ausgenommen werden muss, da bei Konsortialgeschäften organisatorische Änderungen in gleicher Weise von beiden Konsortialpartnern im jeweils eigenen Bestand umgesetzt werden müssen. Dies konnte zum Stichtag 31.12.2006 / 1.1.2007 nicht sichergestellt werden.

Vor allem der Grundgedanke „Straffung der Gesamtzahl der VRGen“ beinhaltet auch die teilweise Zusammenlegung betrieblicher VRGen oder die vereinzelt Einbeziehung betrieblicher VRGen in eine offene VRG. Um diese Maßnahmen umsetzen zu können, musste der Kunde in den das Pensionskassenmodell betreffenden Verträgen die „betriebliche“ VRG aufgeben, wofür naturgemäß nur nach einem länger dauernden innerbetrieblichen Entscheidungsprozess.

Ein weiterer Punkt, der parallel berücksichtigt werden musste, war die aktivseitige Ausgestaltung der VRGen. Historisch bedingt wurde für die Veranlagung der VRGen in der VBV-Pensionskasse eine Vielzahl von Produkten verwendet. Die vermögensmäßige Verschiebung der Bestände, die im Zuge der Umsetzung des Projekts mit 1.1.2007 erfolgen würde, musste in einem aktivseitig so gestalteten Umfeld erfolgen, dass kein Produktwechsel auf individueller Ebene erforderlich wird, sondern nur eine Veränderung in den Vermögensanteilen stattfindet.

Wesentlich im gesamten Prozess war die laufende Einbindung der Finanzmarktaufsicht (FMA) und des Prüfactuars der VBV-Pensionskasse. Dadurch war sicher gestellt, dass einerseits der Projektfortgang wenn notwendig frühzeitig und mit eingeschränktem Aufwand korrigiert werden konnte, andererseits der das Projekt abschließende formale Genehmigungsprozess aufgrund der laufend zur Verfügung gestellten Vorabinformation und Dokumentation zügig abgewickelt werden konnte.

Im Ergebnis stellt sich die VRG-Struktur der VBV-Pensionskasse ab 1.1.2007 wie folgt dar:

VRG-Nr. 1xx = VRG ohne Mindestertragsgarantie

VRG-Nr. 2xx = VRG mit Mindestertragsgarantie

Die weiteren Stellen der Bezeichnung verweisen auf die Vorgänger-VRG, als Dokumentation dafür, dass es zu keinen Neugründungen von VRGen gekommen ist, sondern im Sinne der Kontinuität die bisherigen VRGen, zwar größtenteils in anderer Zusammensetzung, aber doch weitergeführt werden.

In Vorbereitung der Umsetzung des Konzepts auch für den konsortial geführten Bestand wurde in diesem Bereich zunächst nur die Bezeichnung geändert:

VRG-Nr. 3xx = konsortiale VRG ohne Mindestertragsgarantie, Führung durch VBV

VRG-Nr. 4xx = konsortiale VRG mit Mindestertragsgarantie, Führung durch VBV

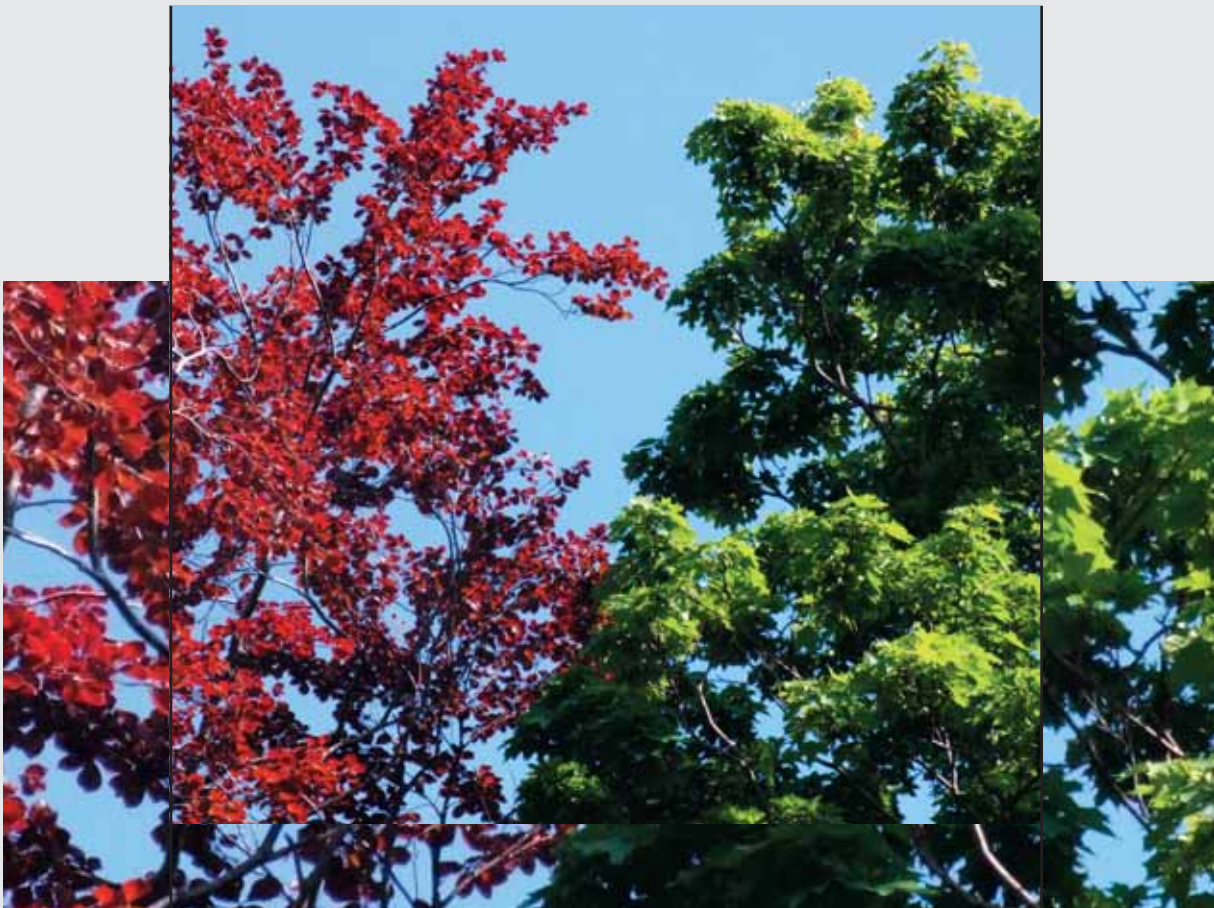
VRG-Nr. 5xx = konsortiale VRG ohne Mindestertragsgarantie, fremde Führung

VRG-Nr. 6xx = konsortiale VRG mit Mindestertragsgarantie, fremde Führung

## Service

Die Transparenzrichtlinien der FMA haben es bereits vorweg klar dokumentiert: die Pensionskassen sollen dem Kunden gegenüber eine offene Informationspolitik betreiben und rasch qualitativ hochwertige Informationen zur Verfügung stellen. In diesem Sinn wurde auch die projektbezogene Information der VBV-Pensionskasse gestaltet.

Wir haben es in der Pensionskasse de facto mit vier Kundengruppen zu tun: Arbeitgeber, Betriebsrat, Anwartschaftsberechtigte (AWB), Leistungsberechtigte (LB). Im Rahmen der Projektorganisation mussten daher vier Adressaten mit für sie maßgeblichen Informationen über die neue VRG-Struktur versorgt werden.



Der Informationsschwerpunkt wurde zunächst auf Arbeitgeber und Betriebsräte gelegt. Diese wurden im vierten Quartal neben individuellen Kundenbesuchen schriftlich informiert, wie sich die neue VRG-Struktur auf den / die konkreten Pensionskassenvertrag / verträge des Kunden auswirkt, daneben wurden in mehreren Veranstaltungen, die ausschließlich diesem Thema gewidmet waren, Detailinformationen transportiert.

Formaljuristisch stellt die Eingliederung eines Vertrages in eine bestimmte VRG eine organisatorische Maßnahme dar, die in der Autonomie der Pensionskasse liegt. Eine eventuelle Nennung der VRG im Pensionskassenvertrag hat dabei nur deklaratorischen Charakter und ist nicht unmittelbarer Vertragsgegenstand. Eine Änderung der betroffenen Pensionskassenverträge allein aufgrund einer neuen VRG-Bezeichnung hat sich daher nicht als notwendig gezeigt. Bei entsprechendem Kundenwunsch wurde dem selbstverständlich trotzdem Rechnung getragen.

LB wurden im Jänner 2007 im Rahmen der routinemäßigen Zusendung der Lohnkonten des Jahres 2006 über das für sie ab 1.1.2007 bestehende neue Umfeld informiert. AWB erhalten die für sie vorgesehenen Grundlageninformationen gleichzeitig mit der „Information über die Beitrags- und Kapitalentwicklung zum 31.12.2006“. Bei Bedarf an tiefer gehenden Informationen zum Projekt, können im Einzelfall entsprechende Unterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Die beiden Hauptservicebereiche der VBV – das Pensionsservicecenter bzw. die Abteilung CRM – haben in den letzten Monaten die Qualität der ihren Kunden zur Verfügung stehenden Unterlagen ständig verbessert und werden mit den heurigen Leistungsnachweisen einen weiteren Schritt in Richtung mehr Transparenz und Information machen.

Die erste Priorität in den nächsten Monaten wird die Beratungstätigkeit aller Kunden hinsichtlich der Reduzierung des 6,5 %-igen Rechnungszinssatzes sein. Außerdem wurde auf Basis der FMA-Richtlinien die Erläuterung zur Information über die Beitrags- und Kapitalentwicklung überarbeitet.

Eine wesentliche Effizienzsteigerung in der Information und Betreuung unserer Kunden erwarten wir auch durch die neue Homepage, die allen Anwartschafts- und Leistungsberechtigten zur Verfügung steht.

## Geschäftsergebnis

Das Jahresergebnis des Geschäftsjahres 2006 konnte im Anschluss an das Jahr 2005 wieder einmal die Erwartungen in die zugrunde gelegten Synergiepotentiale übertreffen. Die Fortsetzung des effektiven Kostenmanagements führt weiterhin zu einer moderaten Entwicklung der Aufwendungen und die realisierten Erträge konnten auch im Berichtszeitraum die Zielsetzungen überschreiten.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) beträgt im Berichtsjahr basierend auf obige Erläuterungen € 9.979.670,98.

Nach Berücksichtigung des außerordentlichen Ergebnisses und der Körperschaftssteuer ergibt sich ein Jahresüberschuss von € 7.794.858,02. Durch die Veränderung der Rücklagen entstand ein Jahresgewinn von € 99.989,87 welcher in den Gewinnvortrag eingestellt wurde. Die Rücklagenbewegungen dienen zur nachhaltigen Stärkung der Eigenmittel der Gesellschaft und ermöglichen den Ausweis einer Gewinnrücklage in Höhe von € 15,6 Mio.

Im Bereich der oben zitierten Gewinnrücklagen wurde im Berichtszeitraum eine Zuweisung aus dem Jahresüberschuß in Höhe von € 3,5 Mio. und eine Umwidmung eines Teiles der freien Gewinnrücklage in Höhe von € 1 Mio. in eine satzungsmäßige Gewinnrücklage vorgenommen, deren Eigenschaft einer gebundenen Rücklage entspricht. Darüber hinaus wurde die gesetzliche Rücklage, welche eine gebundene Rücklage darstellt, im Ausmaß von € 3,0 Mio. gebildet. Somit stellen im Bereich der Gewinnrücklagen € 7,5 Mio. eine gebundene Gewinnrücklage dar.

Die Rücklagenbewegungen beinhalten dabei unter anderem sowohl die Dotation der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestertragsrücklage (§ 7 (5) PKG) in der Höhe von € 4.256.490,50 als auch eine durch eine Opting Out-Korrektur verursachte Auflösung in der Höhe von € 61.622,35. Die teilweise Auflösung der Rückstellung für die Unterschreitung des Mindestertrages in den Folgejahren in der Höhe von € 142.565,82 ist in oben genannter Zuführung zur Mindestertragsrücklage bereits inkludiert.

Die Zuschussleistung gemäß § 2 (2) PKG wurde in Höhe von € 434,18 aus der vorhandenen Rückstellung geleistet (darin sind keine Zuschüsse für konsortiale Fremddanteile enthalten).

## Vorschlag für die Gewinnverwendung

Das unter Berücksichtigung des Gewinnvortrages in der Höhe von € 133.891,87 ermittelte Bilanzergebnis in der Höhe von € 233.881,74 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

## Allgemeine Angaben

Die Gesellschaft ist Mitglied des Fachverbandes der Pensionskassen Österreichs. Die VBV-Pensionskasse ist Mitglied bei der Aktuarsvereinigung Österreichs (AVÖ), beim EVVÖD (Europäischer Verband der Versorgungseinrichtungen des Öffentlichen Dienstes) und der ABA (Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V.). Weiters ist die Gesellschaft Kooperationspartner des Österreichischen Sparkassenverbandes. Die Gesellschaft ist außerdem Mitglied der deutschen und der französischen Handelsorganisation in Österreich sowie der Vereinigung österreichischer Industrieller.

## Strategische Ziele – Ausblick 2007

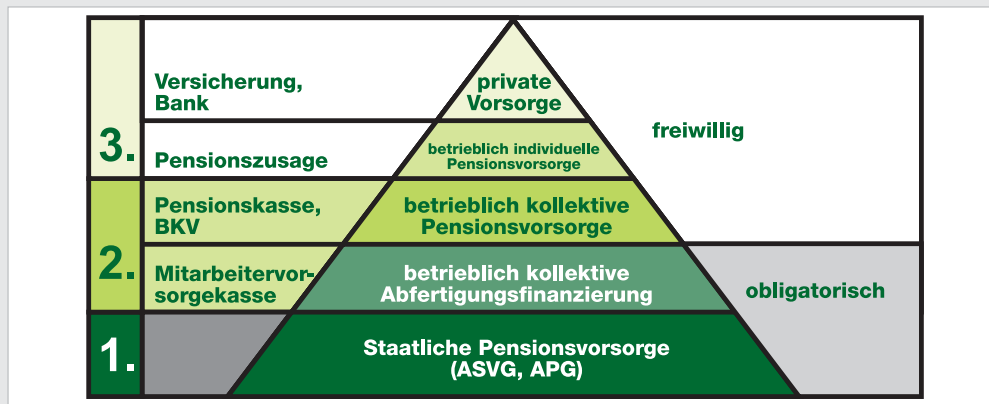
Wir gehen weiterhin von einem moderaten Wachstum im Neugeschäft aus. Sollte es gelingen, bei einzelnen Großgeschäften (Ausschreibungen) den Zuschlag zu gewinnen und es darüber hinaus möglich sein, Pensionskassenlösungen in einzelnen Kollektivverträgen festzuschreiben, können wir wieder mit einem steigenden Beitragszuwachs rechnen.



Der Ausbau der obligatorischen betrieblichen Vorsorge im Rahmen des Betrieblichen Mitarbeitervorsorge Gesetzes (BMVG) und die Ergänzung der Alterspensionen durch Pensionskassenmodelle ist die Zielsetzung der VBV-Pensionskasse. Dazu zählt auch der teilweise kontroversiell geführte Disput über die Organisation und Finanzierung der Pflege. Jedenfalls sind wir davon überzeugt, dass eine effektiven Ergänzung des Sozialversicherungspensionen nur durch Kapital gedeckte betriebliche Vorsorge möglich ist.

Einordnung der Durchführungswege in das Gesamtsystem der sozialen Sicherheit

### Vorsorgepyramide



Die Festschreibungen im Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode und die jüngsten Aussagen des Bundeskanzlers lassen politische Initiativen zum Ausbau des Pensionskassenwesens bzw. der betrieblichen Vorsorge im Allgemeinen erwarten. Wir begrüßen dies. Wir werden dazu auch im Jahr 2007 Vorschläge entwickeln und theoretische Aufarbeitungen initiieren. Bereits im Geschäftsjahr 2006 hat die VBV-Pensionskasse Vorschläge zu einer schrittweisen Einführung allgemeiner Betriebspensionsmodelle entwickelt und vorgestellt. Wir sind dafür gerüstet und bereit, geeignete Überlegungen in die Diskussion einzubringen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Geschäftsaktivitäten – wie bereits dargelegt – wird in der Evaluierung von Pensionsordnungen mit hohem Rechnungszinssatz liegen. Hier verfolgen wir das Ziel einer Reduktion des Rechnungszinssatzes. Ein Großteil der Beratungsressourcen wird daher jedenfalls zur Optimierung der bestehenden Pensionskassenverträge eingesetzt werden. Wir erwarten uns dadurch eine wesentliche Verbesserung bei Pensionsordnungen deren Parameter (Rechnungszins, vorgesehener rechnungsmäßiger Überschuss) den Gegebenheiten auf den Anlagemärkten temporär nicht entsprechen

# Danksagung

Hinter uns liegt wieder ein ereignisreiches und arbeitsintensives Jahr. Die Umstrukturierung der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften hat eine entsprechende Anpassung der Veranlagungsstruktur notwendig gemacht.

Die von der FMA (Finanzmarktaufsicht) herausgegebenen Richtlinien zur Schaffung von mehr Transparenz für unsere Kunden legten den Grundstein für ein umfassendes Projekt bzgl. Kundenservice. All das wurde von unseren Mitarbeitern, neben dem laufenden Geschäft, mit Bravour erledigt. Daher gilt unser Dank auch dieses Jahr unserem engagierten Team der VBV-Pensionskasse AG, die mit ihrem überdurchschnittlichen Einsatz die VBV an der Spitze der heimischen Pensionskassen halten.

Wir danken unseren Kunden für ihr Vertrauen, das Neukundengeschäft des vergangenen Berichtszeitraums beweist, dass wir auf dem richtigen Weg sind und uns viele Neukunden ihr Vertrauen geschenkt haben.

Unseren Geschäftspartner danken wir für das jahrelang entgegengebrachte Vertrauen und die langjährigen, vertrauensvoll gewachsenen Partnerschaften.

Nicht zuletzt möchten wir auch unseren Aktionären danken. Viele Dinge wären in der Umsetzung nicht möglich gewesen ohne ihre Unterstützung und das entgegengebrachte Vertrauen.

Der Vorstand



Dr. Johannes M. Martinek



Karl Timmel

Wien, Juni 2007



# VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wien

Aktiva	EUR	EUR	Vorjahr		
			EUR	TEUR	
<b>A. Unterschiedsbetrag nach § 7 Abs. 6 PKG</b>		<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>B. Anlagevermögen</b>			<b>53.525.647,73</b>		<b>54.552</b>
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>		<b>477.951,00</b>		<b>287</b>	
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	361.335,00			266	
2. geleistete Anzahlungen	116.616,00			21	
<b>II. Sachanlagen</b>		<b>336.650,10</b>		<b>283</b>	
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	336.650,10			283	
<b>III. Finanzanlagen</b>		<b>52.711.046,63</b>		<b>53.982</b>	
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	5.551.874,09			5.632	
2. Ausleihungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.710.425,00			2.710	
3. Wertpapiere (Wertrechte) des Anlagevermögens	38.505.497,79			38.788	
4. sonstige Ausleihungen	5.943.249,75			6.852	
<b>C. Umlaufvermögen</b>			<b>69.637.258,69</b>		<b>71.294</b>
<b>I. Vorräte</b>		<b>761,77</b>		<b>0</b>	
1. geleistete Anzahlungen	761,77			0	
<b>II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</b>		<b>7.553.532,84</b>		<b>7.182</b>	
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.230.777,06			1.890	
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	15.000,00			503	
3. Forderungen gegenüber beteiligten Unternehmen	19.965,91			0	
4. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	5.287.789,87			4.789	
<b>III. Wertpapiere</b>		<b>52.712.698,71</b>		<b>52.694</b>	
1. sonstige Wertpapiere	52.712.698,71			52.694	
<b>IV. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</b>		<b>9.370.265,37</b>		<b>11.418</b>	
<b>D. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			<b>318.836,06</b>		<b>312</b>
1. sonstige		318.836,06		312	
<b>Summe der Positionen A bis D: Aktiva der AG</b>			<b>123.481.742,48</b>		<b>126.158</b>
<b>E. Aktiva der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften</b>					
<b>I. Veranlagungen auf Euro lautend</b>		<b>3.530.425.797,40</b>		<b>3.131.035</b>	
1. Guthaben und Kassenbestände	176.654.727,34			123.450	
2. Darlehen und Kredite	56.533.294,57			57.597	
3. Forderungswertpapiere	1.406.886.924,59			1.496.269	
4. Aktien, aktienähnliche begebare Wertpapiere, corporate bonds und sonstige Beteiligungswertpapiere	1.612.072.522,03			1.310.459	
5. Immobilien	58.317.228,37			41.668	
6. Sonstige Vermögenswerte	219.961.100,50			101.592	
<b>II. Veranlagungen auf ausländische Währung lautend</b>		<b>552.961.997,31</b>		<b>672.765</b>	
1. Guthaben und Kassenbestände	726.530,67			-2.111	
2. Darlehen und Kredite	0,00			-12	
3. Forderungswertpapiere	12.906.712,71			19.538	
4. Aktien, aktienähnliche begebare Wertpapiere, corporate bonds und sonstige Beteiligungswertpapiere	514.064.829,83			638.573	
5. Immobilien	24.840.309,88			12.388	
6. Sonstige Vermögenswerte	423.614,22			4.389	
<b>III. Forderungen</b>		<b>52.083.476,57</b>		<b>63.377</b>	
<b>IV. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>19.893.141,49</b>		<b>23.917</b>	
<b>V. Sonstige Aktiva</b>		<b>0,00</b>		<b>0</b>	
<b>Summe der Position E: Aktiva der VRG</b>			<b>4.155.364.412,77</b>		<b>3.891.094</b>
			<b>4.278.846.155,25</b>		<b>4.017.252</b>

# BILANZ zum 31. Dezember 2006

Passiva			Vorjahr	
	EUR	EUR	EUR	TEUR
<b>A. Eigenkapital</b>			<b>57.949.729,51</b>	<b>50.155</b>
<b>I. Grundkapital</b>		<b>22.044.821,00</b>		<b>22.045</b>
<b>II. Kapitalrücklagen</b>		<b>7.844.029,78</b>		<b>7.844</b>
1. gebundene	7.844.029,78			7.844
<b>III. Gewinnrücklagen</b>		<b>15.600.000,00</b>		<b>12.100</b>
1. gesetzliche Rücklage	3.000.000,00			64
2. satzungsmäßige Rücklage	4.500.000,00			0
3. andere Rücklagen (freie Rücklagen)	8.100.000,00			12.036
<b>IV. Mindestertragsrücklage</b>		<b>12.226.996,99</b>		<b>8.032</b>
<b>V. Bilanzgewinn</b>		<b>233.881,74</b>		<b>134</b>
davon Gewinnvortrag 133.891,87 (Vj: Gewinnvortrag 149.591,65)				
<b>B. Unversteuerte Rücklagen</b>			<b>0,00</b>	<b>0</b>
1. sonstige unversteuerte Rücklagen		0,00		0
<b>C. Ergänzungskapital gemäß § 7 Abs. 4 PKG</b>		11.000.000,00	<b>11.000.000,00</b>	<b>11.000</b>
<b>D. Rückstellungen</b>			<b>49.233.901,00</b>	<b>44.335</b>
<b>I. Geschäftsplanmäßige Rückstellung für die nach Pensionsbeginn anfallenden Verwaltungskosten</b>		<b>42.723.874,00</b>		<b>38.445</b>
<b>II. Andere Rückstellungen</b>		<b>6.510.027,00</b>		
1. Rückstellungen für Abfertigungen	810.868,00			734
2. Rückstellungen für Pensionen	751.269,00			884
3. Steuerrückstellungen	1.109.000,00			315
4. sonstige Rückstellungen	3.838.890,00			3.957
<b>E. Verbindlichkeiten</b>			<b>3.551.298,36</b>	<b>18.519</b>
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.408,32			3
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	733.572,18			520
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	129.315,51			25
4. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	69.688,73			444
5. sonstige Verbindlichkeiten	2.615.313,62			17.527
davon aus Steuern 739.239,31 (Vj: 1.112.718,18) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 91.528,41 (Vj: 92.013,25)				
<b>F. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		1.746.813,61	<b>1.746.813,61</b>	<b>2.149</b>
<b>Summe der Positionen A bis F: Passiva der AG</b>			<b>123.481.742,48</b>	<b>126.158</b>
<b>G. Passiva der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften</b>				
<b>I. Deckungsrückstellung</b>		<b>4.032.986.647,22</b>		<b>3.746.305</b>
<b>1. Deckungsrückstellung mit Mindestgarantie</b>	<b>837.189.835,03</b>			<b>921.415</b>
a) Deckungsrückstellung mit unbeschränkter Nachschusspflicht des Arbeitgebers und Übernahme der Verpflichtung gemäß § 2 Abs. 2 und 3 PKG	0,00			0
b) Sonstige Deckungsrückstellung	837.189.835,03			921.415
<b>2. Deckungsrückstellung ohne Mindestgarantie</b>	<b>3.195.796.812,19</b>			<b>2.824.890</b>
a) Deckungsrückstellung mit unbeschränkter Nachschusspflicht des Arbeitgebers	676.450.476,86			571.077
b) Sonstige Deckungsrückstellung	2.519.346.335,33			2.253.813
<b>II. Schwankungsrückstellung</b>		<b>99.567.955,10</b>		<b>109.573</b>
<b>III. Verbindlichkeiten</b>		<b>9.266.483,06</b>		<b>22.423</b>
<b>IV. Passive Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>8.521.598,62</b>		<b>9.137</b>
<b>V. Sonstige Passiva</b>		<b>5.021.728,77</b>		<b>3.656</b>
<b>Summe der Position G: Passiva der VRG</b>			<b>4.155.364.412,77</b>	<b>3.891.094</b>
			<b>4.278.846.155,25</b>	<b>4.017.252</b>

# GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

vom 1. 1. 2006 bis 31. 12. 2006

VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wien

	2006	2005
	EUR	TEUR
<b>I. Ergebnis der Veranlagungs- und Risikogemeinschaft</b>		
1. Veranlagungsüberschuss	199.796.630,52	314.177
2. Beiträge	195.986.512,15	186.535
3. Leistungen	-111.411.326,96	-101.186
4. Veränderung der Deckungsrückstellung	-288.317.660,95	-305.729
5. Veränderung der Schwankungsrückstellung	9.203.894,70	-88.107
6. Sonstige Aufwendungen und Erträge	-5.258.049,46	-5.690
7. Verbleibendes Ergebnis	<u>0,00</u>	<u>0</u>
<b>II. Erträge und Aufwendungen der Pensionskasse</b>		
1. Vergütung zur Deckung der Betriebsaufwendungen	20.181.928,60	20.498
2. Betriebsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
- Gehälter	-3.644.833,04	-3.818
- Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	-168.943,98	-147
- Aufwendungen für Altersversorgung	-208.363,59	-302
- Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	-904.244,60	-846
- sonstige Sozialaufwendungen	<u>-129.702,85</u>	<u>-107</u>
	-5.056.088,06	-5.220
b) Abschreibungen auf das Anlagevermögen davon außerplanmäßige Abschreibungen: 0 (Vj.: TEUR -50)	-265.432,92	-818
c) sonstige Betriebs-, Verwaltungs- und Vertriebsaufwendungen	<u>-4.955.921,69</u>	<u>-5.577</u>
	<b>-10.277.442,67</b>	<b>-11.615</b>
3. Veränderung der geschäftsplanmäßigen Verwaltungskostenrückstellung	<b>-3.852.060,00</b>	<b>-3.140</b>
<b>ordentliches Betriebsergebnis</b>	<u><b>6.052.425,93</b></u>	<u><b>5.743</b></u>
4. Finanzerträge		
a) Erträge aus Beteiligungen	0,00	327
davon aus verbundenen Unternehmen: 0 (Vj.: TEUR 327)		
b) Zinsenerträge und sonstige laufende Erträge aus der Veranlagung der Eigenmittel und der nicht zu Veranlagungs- und Risikogemeinschaften zugeordneten Fremdmittel	4.783.295,33	4.487
c) Erträge aus dem Abgang von und der Zuschreibung zu Finanzanlagen, die nicht den Veranlagungs- und Risikogemeinschaften zugeordnet sind	<u>1.437.751,98</u>	<u>1.874</u>
	<b>6.221.047,31</b>	<b>6.688</b>

	EUR	2006 EUR	2005 TEUR	TEUR
<b>5. Finanzaufwendungen</b>				
a) Aufwendungen aus Beteiligungen	0,00		0	
b) Abschreibungen auf sonstige Finanzanlagen, die nicht den Veranlagungs- und Risikogemeinschaften zugeordnet sind	-1.772.655,74		-990	
c) Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-670.886,26	<b>-2.443.542,00</b>	-593	<b>-1.583</b>
<b>Finanzergebnis</b>		<b><u>3.777.505,31</u></b>		<b><u>5.105</u></b>
<b>6. Sonstige Erträge und Aufwendungen</b>				
a) Erträge	218.042,57		550	
b) Aufwendungen	-68.302,83	<b>149.739,74</b>	-6.945	<b>-6.395</b>
<b>7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</b>		<b><u>9.979.670,98</u></b>		<b><u>4.453</u></b>
<b>8. Außerordentliches Ergebnis</b>				
a) außerordentliche Erträge	142.565,82		1.226	
b) außerordentliche Aufwendungen	-115.000,00	<b>27.565,82</b>	<u>0</u>	<b>1.226</b>
<b>9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b> davon Erträge aus Steuerumlagen: EUR 611 (Vj.: TEUR 109)		<b>-2.212.378,78</b>		<b>-1.244</b>
<b>10. Jahresüberschuss</b>		<b><u>7.794.858,02</u></b>		<b><u>4.435</u></b>
<b>11. Veränderung von Rücklagen</b>				
a) Zuweisungen				
- zu Gewinnrücklagen	-3.500.000,00		-10.574	
- zur Mindestertragsrücklage	-4.256.490,50		-5.136	
b) Auflösungen				
- unsteuerter Rücklagen	0,00		62	
- der Mindestertragsrücklage	61.622,35		<u>11.197</u>	
		<b>-7.694.868,15</b>		<b>-4.451</b>
<b>Jahresgewinn (im Vorjahr Jahresverlust)</b>		<b><u>99.989,87</u></b>		<b><u>-16</u></b>
<b>12. Gewinnvortrag</b>		<b><u>133.891,87</u></b>		<b><u>150</u></b>
<b>13. Bilanzgewinn</b>		<b><u>233.881,74</u></b>		<b><u>134</u></b>

# Anhang zum Jahresabschluss der VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wien

**für das Geschäftsjahr vom 1.1.2006 bis zum 31.12.2006**

## I. Allgemeines

Der Jahresabschluss der VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wien wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung und der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Es handelt sich im Sinne des § 221 (2) UGB um eine mittelgroße Aktiengesellschaft. Als Umsatzerlöse wurden die Vergütungen zur Deckung der Betriebsaufwendungen um die Veränderungen der geschäftsplanmäßigen Verwaltungskostenrückstellung gekürzt angesetzt.

Die Bilanzierung, die Bewertung und der Ausweis der einzelnen Positionen des Jahresabschlusses wurden nach den Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches und des Pensionskassengesetzes vorgenommen.

## II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### 1. Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige bzw. außerplanmäßige Abschreibungen, angesetzt. Den planmäßigen Abschreibungen werden Abschreibungssätze zwischen 20 % und 33,3 % zugrundegelegt.

Das Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungskosten abzüglich der bisher aufgelaufenen und im Geschäftsjahr planmäßig fortgeführten Abschreibungen bewertet.

Zur Ermittlung der Abschreibungssätze wird die lineare Abschreibungsmethode gewählt. Die Abschreibungssätze für das Sachanlagevermögen betragen zwischen 5 % und 25 %.

Vermögensgegenstände mit Einzelanschaffungskosten von weniger als EUR 400,00 werden im Jahr der Anschaffung zur Gänze abgeschrieben.

Das Finanzanlagevermögen wird nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Ausschüttungsgleiche Erträge bei Investmentfonds wurden aktiviert.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden nach den gesetzlichen Vorschriften vorgenommen.

### 2. Umlaufvermögen

Die Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens werden mit den Anschaffungskosten unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips bewertet.

### **3. Rückstellungen**

Die Rückstellungen sind in der Höhe angesetzt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die geschäftsplanmäßigen Rückstellungen für die nach Pensionsbeginn anfallenden Verwaltungskosten wurden aufgrund von Berechnungen des Aktuars Herrn Prokurist Rainer Köpplinger im Jahr 2004 angeglichen und der Überdeckungsbetrag passiviert. Die Auflösung erfolgt über einen Zeitraum von sieben Jahren. Die Berechnung erfolgte nach IAS und wurde vom Prüfactuar bestätigt. Um für die zukünftige Umstellung der Rechnungsgrundlagen bei der Bewertung der Verwaltungskostenrückstellung vorzusorgen, wird eine Sonderrückstellung gebildet. Die Dotation dieser Sonderrückstellung erfolgt mit jährlich 1% der Verwaltungskostenrückstellung, beginnend mit 31.12.2005 und letztmalig mit 31.12.2009.

Rückstellungen für Abfertigungen und Pensionen wurden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen erstellt. Der Berechnung wurden die Rechnungsgrundlagen für die AVÖ 1999-P (Angestellte) mit einem Rechnungszinsfuß von 4 % p.a. zugrunde gelegt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden dem Vorsichtsprinzip entsprechend gebildet.

### **4. Verbindlichkeiten**

Verbindlichkeiten wurden mit dem Rückzahlungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht ermittelt.

## III. Allgemeine Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

Bei der Bewertung wird von der Fortführung des Unternehmens ausgegangen.

Der mit der Campus Beratungsgesellschaft für betriebliche Vorsorge abgeschlossene Gruppenvertrag wurde im Jahr 2006 aufgelöst. Der Gruppenvertrag im Sinne des KStG mit der VBV - Mitarbeitervorsorgekasse AG bleibt weiterhin bestehen. Die KÖSt wird brutto beim Gruppenträger ausgewiesen und die Weiterverrechnung an die Gruppenmitglieder getrennt dargestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist gemäß dem Pensionskassengesetz gegliedert.

## IV. Erläuterungen zur Bilanz

### 1. Anlagevermögen

Hinsichtlich der Entwicklung der einzelnen Positionen des Anlagevermögens und der Aufgliederung der Jahresabschreibung wird auf den Anlagenspiegel verwiesen.

### 2. Umlaufvermögen

Sämtliche ausgewiesenen Forderungen waren innerhalb eines Jahres fällig.

### 3. Aktive Rechnungsabgrenzung

Ausgewiesen werden Zahlungen vor dem Bilanzstichtag, die die nächste Periode betreffen.

### 4. Aktiva der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften

Die den Veranlagungs- und Risikogemeinschaften zugeordneten Wertpapiere werden gemäß § 23 Pensionskassengesetz monatlich sowie am Bilanzstichtag bewertet.

Grundstücke und Bauten, die einer Veranlagungs- und Risikogemeinschaft zugeordnet sind, werden mit dem Verkehrswert bewertet.

In den Aktiven Rechnungsabgrenzungen werden ua die Fehlbeträge aus der Umstellung der Rechnungsgrundlagen ausgewiesen.

## 5. Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt EUR 22.044.821,00 und ist in 3.032.300 auf Namen lautende Stückaktien eingeteilt.

Die Ermächtigung des Vorstandes das Grundkapital um EUR 2.908.000,-- zu erhöhen wurde bis 12. 10. 2010 verlängert (genehmigtes Kapital).

Der Aktionärskreis zum 31. Dezember 2005 stellt sich wie folgt dar:

	EUR	%
Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG	5.275.562,74	23,93
Wiener Städtische Allgemeine Versicherung AG	3.889.442,73	17,64
Österreichische Beamtenversicherung VvaG	3.296.945,00	14,96
Bank Austria Creditanstalt AG	2.972.543,06	13,48
UNIQA Versicherungen AG	754.785,94	3,42
Donau Allgemeine Versicherungs-AG	732.016,30	3,32
Grazer Wechselseitige Versicherung AG	611.835,93	2,78
Sparkassen Versicherung Aktiengesellschaft	572.010,87	2,60
UNIQA Personenversicherungen AG	546.689,46	2,48
3-Banken Beteiligung Gesellschaft m.b.H.	424.328,09	1,93
ERSTE SPARINVEST Kapitalanlage GmbH	308.524,26	1,40
Steiermärkische Bank und Sparkassen Aktiengesellschaft	308.524,26	1,40
Kärntner Sparkasse Aktiengesellschaft	308.524,26	1,40
Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bankaktiengesellschaft	308.524,26	1,40
Hypo Tirol Bank AG	282.163,24	1,28
Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank AG	212.167,68	0,96
Tiroler Landes-Versicherungsanstalt VaG	211.622,43	0,96
Vorarlberger Landes-Versicherung VaG	211.622,43	0,96
Bankhaus Carl Spängler & Co AG	180.092,44	0,82
Tiroler Sparkasse Bankaktiengesellschaft Innsbruck	154.262,13	0,70
Hypo Alpe-Adria-Bank AG	141.445,12	0,64
Landes-Hypothekenbank Steiermark AG	141.445,12	0,64
Kärntner Landesversicherung aG	101.969,02	0,46
Anglo Irish Bank (Austria) AG	97.774,23	0,44
	<hr/>	
	22.044.821,00	100,00

Mit Sacheinlage- und Einbringungsvertrag vom 30.09.2006 wurden die Aktionärsanteile zu 100% in die VBV-Betriebliche Altersvorsorge AG eingebracht.

Der Aktionärskreis zum 31. Dezember 2006 stellt sich wie folgt dar:

	EUR	%
VBV-Betriebliche Altersvorsorge AG	22.044.821,00	100,00

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft endet mit einem Bilanzgewinn von EUR 233.881,74

Entwicklung des Gewinnvortrages:

Stand am 1. 1. 2006	133.891,87
Ausschüttung des Geschäftsjahres	0,00
Stand am 31. 12. 2006	<u>133.891,87</u>

Die gebundene Kapitalrücklage beträgt:	<u>7.844.029,78</u>
	<u>7.844.029,78</u>

Die versteuerte Gewinnrücklage entwickelte sich wie folgt:

Stand am 1. 1. 2006	12.100.000,00
Umbuchung freie auf gesetzliche Rücklage	2.935.864,77
Umbuchung freie auf satzungsmäßige Gewinnrücklage	1.000.000,00
Zuweisung satzungsmäßige Gewinnrücklage	3.500.000,00
Umbuchung freie Gewinnrücklage	<u>-3.935.864,77</u>
Stand am 31. 12. 2006	<u>15.600.000,00</u>

In den versteuerten Gewinnrücklagen ist die gesetzliche Rücklage in Höhe von EUR 3.000.000,00 die satzungsmäßige Rücklage mit EUR 4.500.000,00 und die freie Rücklage mit EUR 8.100.000,00 enthalten.

Am 02.08.2006 wurde in der a. o. Hauptversammlung beschlossen, dass ein Betrag in Höhe von max. EUR 7,5 Mio. innerhalb der Gewinnrücklagen in eine satzungsmäßige Rücklage gebildet wird.

Die Mindestertragsrücklage entwickelte sich wie folgt:

Stand am 1. 1. 2006	8.032.128,84
Dotierung der Rücklage	4.113.924,68
Dotierung der Rücklage aus Auflösung der ME-Rückstellung	142.565,82
Auflösung Rücklage aus Opting Out	<u>-61.622,35</u>
Stand am 31. 12. 2006	<u>12.226.996,99</u>

Die Auflösung der Rücklage betrifft Opting out Korrekturen der Vorjahre.

## 6. Ergänzungskapital gemäß § 7 Abs. 4 PKG

Ergänzungskapital mit einer Restlaufzeit von mind. 3 Jahren	<u>11.000.000,00</u>
	<u>11.000.000,00</u>

Seitens der Gesellschaft wurden am 02. 06. 04 EUR 5 Mio. bzw. am 17. 12. 2004 EUR 6 Mio. nachrangiges Ergänzungskapital begeben. Die Verzinsung beträgt 5,58% pa. bzw. 4,90% pa. Die Laufzeit wurde jeweils mit 10 Jahren festgelegt.

## 7. Rückstellungen

Die Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	<b>31.12.2006</b>	<b>31.12.2005</b>
Geschäftsplanmäßige Rückstellung für die nach Pensionsbeginn anfallenden Verwaltungskosten	42.723.874,00	38.444.566,00
Rückstellungen für Abfertigungen	810.868,00	733.987,00
Rückstellungen für Pensionen	751.269,00	884.456,00
Steuerrückstellung	1.109.000,00	315.000,00
sonstige Rückstellungen	3.838.890,00	3.957.187,00
	<u>49.233.901,00</u>	<u>44.335.196,00</u>

In den sonstigen Rückstellungen werden außer den Mindestertragsrückstellungen (141 TEUR) auch Rechts- u. Beratungsrückstellungen (1.332 TEUR) und Dienstleistungen Dritter ausgewiesen.

## 8. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten weisen ausschließlich Restlaufzeiten unter einem Jahr auf und sind nicht dinglich besichert.

## 9. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Verpflichtungen aus der Nutzung von Sachanlagen, die nicht in der Bilanz ausgewiesen sind, betragen für das folgende Geschäftsjahr EUR 706.343,34 für die folgenden fünf Geschäftsjahre EUR 2.974.347,18.

# V. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

## 1. Ergebnis der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften

Die gesamten Beiträge und Vergütungen zur Deckung der Betriebsaufwendungen stammen aus Pensionskassenverträgen mit inländischen Vertragspartnern.

## 2. Erträge und Aufwendungen der Pensionskasse

Die Vergütungen zur Deckung der Betriebsaufwendungen beinhalten im wesentlichen Verwaltungskosten aus laufender Beitragserhebung, aus der Übertragung von Deckungserfordernissen, Aufnahmekosten, Auszahlungskosten und Vermögensverwaltungskosten.

Weiters erfolgt der Ausweis der Beratungs- und Betreuungshonorare in den Vergütungen zur Deckung der Betriebsaufwendungen.

Die Bewertung der Finanzanlagen wird quartalsweise sowie am Bilanzstichtag durchgeführt.

In den sonstigen Erträgen wird überwiegend die Auflösung der Rückstellungen ausgewiesen. Im sonstigen Aufwand findet sich die Gutschrift an die VRGn aus der Auflösung der Mindestertragsrücklage anlässlich des Nachtrages der Opting out Fälle in Höhe von EUR 67.325,17 wieder (Korrektur zum Vorjahr).

Die im Jahr 2005 wirksam gewordene Verpflichtung zur Herstellung eines Mindestertrages gemäß § 2 Abs. 2 PKG hat zu einer Einzahlung aus den Eigenmitteln in Höhe von EUR 434,18 in das Vermögen einer Veranlagungs- und Risikogemeinschaft geführt.

Darüber hinaus wurde eine Rückstellung für erwartete Unterschreitungen des Mindestertrages in den Folgejahren in Höhe von € 141.000,00 gebildet. Als Berechnungsgrundlage für die Folgejahre wurden die Veranlagungserträge 2006 und fortlaufend die stochastisch erwarteten Renditen anhand des Risikomanagementsystems angesetzt und mit 4 % diskontiert.

Die Auflösung der Mindestertragsrückstellung wird im a.o. Ergebnis dargestellt und in den Rücklagenveränderungen der Mindestertragsrücklage wieder zugewiesen.

In der a.o. Hauptversammlung vom 02.08.2006 erfolgte die Beschlussfassung der Abspaltung der Beteiligungen „CAMPUS Beratungsgesellschaft für betriebliche Vorsorge m.b.H., Wien“ mit einem Nennbetrag von EUR 35.000,-- und der „BVP-Pensionsvorsorge-Consult G.m.b.H., Wien“ mit einem Nennbetrag von EUR 80.000,-- zur Aufnahme in die VBV - Betriebliche Altersvorsorge AG. Der sich dadurch ergebende Spaltungsverlust wird im a. o. Ergebnis ausgewiesen.

Der Jahresüberschuss beträgt EUR 7.794.858,02. Nach Berücksichtigung der Rücklagenveränderungen kann ein Jahresgewinn in Höhe von EUR 99.989,87 (im Vorjahr: Jahresverlust EUR 15.699,78) ausgewiesen werden.

## VI. Sonstige Angaben

### 1. Personal

Der Personalstand am Bilanzstichtag betrug 70 Mitarbeiter (im Vorjahr: 63).

Die durchschnittliche Dienstnehmerzahl betrug

	31.12.2006	31.12.2005
Vorstandsmitglieder	2	4
Angestellte	67	64
insgesamt	69	68

Eine weitere Mitarbeiterin, die für die Gesellschaft tätig ist, ist Angestellte der Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Jahr 2006 für ihre Tätigkeit für die Gesellschaft keine Bezüge.

Die Aufwendungen für die MVK-Beiträge und die Abfertigungen nach Anwendung der AVÖ1999-P (Angestellte) verteilen sich wie folgt:

	MVK Beiträge		Dot. Abfertigungs- rückstellung	
	2006	2005	2006	2005
Vorstandsmitglieder	0,00	0,00	37.746,00	33.177,00
leitende Angestellte <sup>1)</sup>	0,00	0,00	2.320,00	54.521,00
andere Arbeitnehmer	9.881,20	6.453,68	39.460,00	53.133,00
	9.881,20	6.453,68	79.526,00	140.831,00

<sup>1)</sup>Konzern interner Wechsel einer Prokuristin per 01.01.2007.

Die Aufwendungen für die Altersversorgung verteilen sich wie folgt:

	Pensionszuschuss- zahlungen		Pensions- rückstellung	
	2006	2005	2006	2005
Vorstandsmitglieder	8.456,06	13.878,83	108.336,00	65.029,00
leitende Angestellte	35.957,79	21.895,22	34.028,00	131.810,00
andere Arbeitnehmer u. Zusagen	54.558,74	58.824,20	-35.551,00	10.693,00
Übertragung in BKV	242.578,00	0,00	-240.000,00	0,00
	341.550,59	94.598,25	-133.187,00	207.532,00

## 2. Organe der VBV-Pensionskasse AG

### Mitglieder des Vorstandes:

Dr. Johannes M. Martinek  
Karl Timmel

Vorsitzender ab 01.01.2006

### Mitglieder des Aufsichtsrates:

Mag. Reinhard Ortner  
Dkfm. Hans Raumauf  
Dkfm. Dr. Johann Hauf  
Mag. Erich Cibulka  
Dr. Bernhard Schwarz

Vorsitzender  
1. Stellvertreter  
2. Stellvertreter  
3. Stellvertreter bis 29.6.2006  
ab 29.6.2006

Michael Angerer ab 29.6.2006  
Mag. Hannes Bogner bis 2.8.2006  
Kurt Ebner  
Dr. Othmar Ederer  
Hedwig Fuhrmann  
Rudolf Füllsack bis 29.6.2006  
Erika Hegmala  
Sigrid Hofmann-Krispel  
Reinhard Kinzl bis 29.6.2006  
Mag. Adolf Lehner  
Mag. Johannes Leobacher  
Mag. Matthias Moncher bis 29.6.2006  
Dr. Fritz Otti bis 29.6.2006

Wolfgang Pischinger ab 29.6.2006  
Peter Prinz ab 2.8.2006  
DI Manfred Rapf  
Traude Rathofer bis 29.6.2006  
Mag. Frederick Robertson bis 29.6.2006  
Mag. Dr. Karlheinz Setinek  
Dr. Jodok Simma ab 29.6.2006  
Dr. Walter Steinbach  
Mag. Klaus Stöger ab 29.6.2006  
Mag. Christian Trixner ab 29.6.2006  
Dr. Gerhard Weber  
Peter Weller ab 29.6.2006  
Dkfm. Kurt Wiesenberger

### Ersatzmitglieder des Aufsichtsrates:

Siegfried Dellemann  
Mag. Johann Ellersdorfer ab 29.6.2006  
Dr. Otto Farny ab 29.6.2006  
Dr. Jörg Hofer

DI Georg Kramel bis 29.6.2006  
Dr. Erich Rebholz bis 29.6.2006  
Susanne Wagerer ab 29.6.2006

### Prokuristen:

Mag. Michaela Attermeyer  
Martin Cerny  
Renate Hahn  
Rainer Köpplinger  
Ewa Petrak  
Mag. Wolfgang Pinner  
Mag. Rudolf Simader  
Ing. Mag. Martin Vörös  
Mag. Thomas Widermann  
Mag. Werner Zarbach

bis 26.01.2006  
ab 07.03.2006  
ab 07.03.2006

### Durch den Bundesminister für Finanzen wurden

Herr Sektionschef Dr. Wolfgang Nolz zum Staatskommissär und  
Herr Amtsdirektor Erwin Gruber zum Staatskommissär-Stellvertreter bestellt.

Herr Mag. Dr. Klaus Wegenkittl war für alle Veranlagungs- und Risikogemeinschaften im Geschäftsjahr 2006 Prüfvaktuar gemäß § 21 PKG .

Bei Mitgliedern des Vorstandes haften am 31. Dezember 2006 keine Vorschüsse und Kredite aus.

Bei Mitgliedern des Aufsichtsrates haften am 31. Dezember 2006 keine Vorschüsse und Kredite aus.

Haftungen für Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrates bestanden am 31. Dezember 2006 nicht.

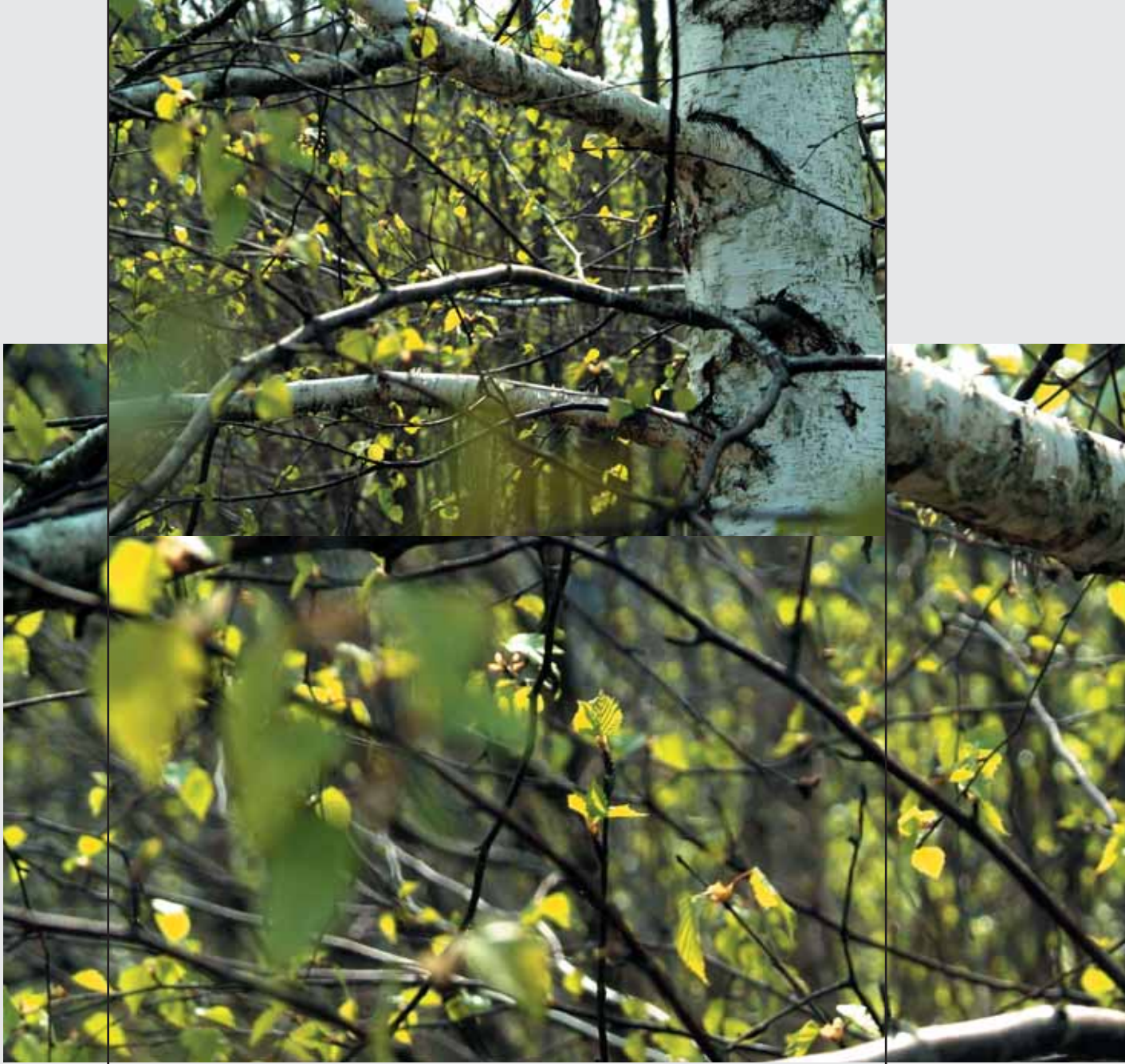
Wien, im Mai 2007

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Dr. Martinek'.

Dr. Martinek eh

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'Timmel'.

Timmel eh



# Entwicklung des Anlagevermögens der VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft, Wien

	Anschaffungs- kosten am	Zugänge Umbuchungen	Abgänge Umbuchungen	Anschaffungs- kosten am
	01.01.2006			31.12.2006
	EUR	EUR	EUR	EUR
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>				
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	3.754.065,33	246.989,82	0,00	4.001.055,15
2. geleistete Anzahlungen	21.024,00	95.592,00	0,00	116.616,00
	<b>3.775.089,33</b>	<b>342.581,82</b>	<b>0,00</b>	<b>4.117.671,15</b>
<b>II. Sachanlagen</b>				
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.033.591,14	168.828,10	75.438,87	1.126.980,37
	<b>1.033.591,14</b>	<b>168.828,10</b>	<b>75.438,87</b>	<b>1.126.980,37</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	5.631.875,00	35.000,00	115.000,00	5.551.875,00
2. Ausleihungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	2.710.425,00	0,00	0,00	2.710.425,00
3. Wertpapiere (Wertrechte)	38.805.092,32	0,00	0,00	38.805.092,32
4. sonstige Ausleihungen	6.940.460,21	0,00	908.410,42	6.032.049,79
	<b>54.087.852,53</b>	<b>35.000,00</b>	<b>1.023.410,42</b>	<b>53.099.442,11</b>
	<b>58.896.533,00</b>	<b>546.409,92</b>	<b>1.098.849,29</b>	<b>58.344.093,63</b>

Bei der Darstellung der Anschaffungskosten ist zu berücksichtigen, dass ab dem Jahr 2003 geringwertige Vermögensgegenstände erst im Jahr des tatsächlichen Abgangs auch im Anlagespiegel als Abgang dargestellt werden.

Abschreibungen kumuliert	Zuschreibungen des Jahres	Abschreibungen des Jahres	Buchwert am	Buchwert am
31.12.2006 EUR	EUR	EUR	31.12.2006 EUR	01.01.2006 EUR
3.639.720,15	0,00	151.463,82	361.335,00	265.809,00
0,00	0,00	0,00	116.616,00	21.024,00
3.639.720,15	0,00	151.463,82	477.951,00	286.833,00
790.330,27	0,00	113.969,10	336.650,10	283.758,10
790.330,27	0,00	113.969,10	336.650,10	283.758,10
0,91	0,00	0,00	5.551.874,09	5.631.874,09
0,00	0,00	0,00	2.710.425,00	2.710.425,00
299.594,53	90.200,50	372.433,96	38.505.497,79	38.787.731,25
88.800,04	0,00	0,00	5.943.249,75	6.851.660,17
388.395,48	90.200,50	372.433,96	52.711.046,63	53.981.690,51
4.818.445,90	90.200,50	637.866,88	53.525.647,73	54.552.281,61

# Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss der VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2006 bis 31. Dezember 2006 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Die Buchführung, die Aufstellung und der Inhalt des Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes in Übereinstimmung mit den österreichischen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung und einer Aussage, ob der Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss steht.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, und eine Aussage getroffen werden kann, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Unternehmens sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Nachweise für Beträge und sonstige Angaben in der Buchführung und im Jahresabschluss überwiegend auf Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen, wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2006 der VBV-Pensionskasse Aktiengesellschaft eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt. Aufgrund des Ergebnisses der von uns durchgeführten Prüfung erteilen wir für alle ungekürzten Veröffentlichungen des von uns geprüften Jahresabschlusses in der aus den Anlagen eins bis vier ersichtlichen Fassung nachstehenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk:

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage des Unternehmens zum 31. Dezember 2006 sowie der Ertragslage des Unternehmens für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner 2006 bis 31. Dezember 2006 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Wien, am 25. Mai 2007

HLB Intercontrol

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH



Dr. Markus Grün eh

Wirtschaftsprüfer



Mag. Christian Klausner eh

Wirtschaftsprüfer

# Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2006 regelmäßig durch schriftliche und mündliche Berichte des Vorstands über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft informiert. Im Geschäftsjahr 2006 fanden fünf Aufsichtsratssitzungen statt, in denen der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahrgenommen hat. Im Rahmen seiner gesamten Tätigkeit konnte sich der Aufsichtsrat von der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung überzeugen.

Die Prüfung des vorliegenden Jahresabschlusses über das Geschäftsjahr 2006, des Lageberichtes des Vorstandes sowie der Rechenschaftsberichte der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften wurde durch den mit Beschluss der 16. ordentlichen Hauptversammlung vom 29. Juni 2006 für das Geschäftsjahr 2006 bestellten Abschlussprüfer, die HLB Intercontrol Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mbH, vorgenommen. Die Prüfung des Abschlussprüfers hat nach ihrem abschließenden Ergebnis keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen gegeben, sodass der Jahresabschluss mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen wurde.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten und vom Abschlussprüfer geprüften Jahresabschluss über das Geschäftsjahr 2006 und den Lagebericht sowie die Rechenschaftsberichte der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften eingesehen und geprüft.

Als Ergebnis dieser Prüfung und unter Zugrundelegung der Feststellungen im übermittelten Prüfungsbericht des Abschlussprüfers hat sich der Aufsichtsrat von der Ordnungsmäßigkeit und sachlichen Unbedenklichkeit überzeugt und den Jahresabschluss 2006 gebilligt.

Ferner wurde das ausgewiesene Bilanzergebnis zur Kenntnis genommen. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2006 ist damit gemäß § 125 Abs. 2 des Aktiengesetzes festgestellt.

Überdies hat der Aufsichtsrat in den zur Verfügung gestellten Prüfbericht des Prüfaktuars Einsicht genommen und festgestellt, dass nach der versicherungsmathematischen Überprüfung der Veranlagungs- und Risikogemeinschaften jeweils ein uneingeschränkter Vermerk gemäß § 8 Abs. 5 der Prüfaktuar-Prüfberichtsverordnung zuerkannt wurde.

Der Aufsichtsrat dankt abschließend dem Vorstand und den Mitarbeitern für ihre Arbeit im abgelaufenen Geschäftsjahr.

Wien, im Juni 2007



Mag. Reinhard ORTNER

Vorsitzender des Aufsichtsrates

# Kontakt



BVP-Pensionsvorsorge-Consult GmbH  
Obere Donaustraße 49-53  
1020 Wien  
Tel.: 01/240 10 – 290  
E-Mail: [info@bvp-consult.at](mailto:info@bvp-consult.at)



CAMPUS Beratungsgesellschaft für betriebliche Vorsorge mbH  
Obere Donaustraße 49-53  
1020 Wien  
Tel.: 01/219 90 48  
E-Mail: [office@campus.co.at](mailto:office@campus.co.at)



VBV-Betriebliche Altersvorsorge AG  
Obere Donaustraße 49-53  
1020 Wien  
Tel.: 01/240 10  
Fax: 01/240 10 - 260  
E-Mail: [vorstand@vbv.at](mailto:vorstand@vbv.at)



VBV-Mitarbeitervorsorgekasse AG  
Obere Donaustraße 49-53  
1020 Wien  
Tel.: 01/217 01  
Fax: 01/217 01 - 8260  
E-Mail: [vorstand@vbv.co.at](mailto:vorstand@vbv.co.at)



VBV-Pensionskasse AG  
Obere Donaustraße 49-53  
1020 Wien  
Tel.: 01/240 10  
Fax: 01/240 10 - 260  
E-Mail: [vorstand@vbv.at](mailto:vorstand@vbv.at)



VINIS Gesellschaft für nachhaltigen Vermögensaufbau und  
Innovation mbH  
Petersplatz 4  
1010 Wien  
Tel.: 050100 - 19930  
Fax: 05100 - 9 19930  
E-Mail: [wolfgang.pinner@vinis.at](mailto:wolfgang.pinner@vinis.at)

# Service

## Website-Relaunch www.vbv.at

Die VBV-Pensionskasse AG hat mit 9.3.2007 ihre neue Website freigeschalten:

